

FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht



Zeit zum Wandel

Baden-Württemberg führt Bodenwertsteuer ein!

Bundesbank-Bericht: Die Entwicklung der Zinserträge

Corona als Einladung zur Sozialökologischen Transformation

Zeit zum Wandel...

Für viele von uns hat sich das Leben in diesem Jahr drastisch verändert: Unsere Kontakte, die Arbeit, die Freizeit, das Kaufverhalten – fast alle Bereiche sind betroffen. Vielleicht hat sich sogar unsere Einstellung zum Leben geändert? Die vielfältigen Herausforderungen können entweder Anlass zur Resignation, oder auch – besser! – zu innerem Wachstum geben.

Nicht nur die gesundheitspolitischen und menschlichen Herausforderungen sind groß, sondern auch die ökonomischen. Mit dem ökonomischen Wachstum ist es seit März vorbei. Die Europäische Zentralbank rechnet mit einem Wirtschaftseinbruch im Euroraum von -8,0% in diesem Jahr. Doch das muss keine schlechte Entwicklung sein, solange alle Menschen ausreichend zum guten Leben haben.

Besteht der Sinn des Wirtschaftens nicht ohnehin – statt in einem steigenden Bruttoinlandsprodukt – in einer optimalen Entfaltung der Möglichkeiten der Menschen im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten? Wir könnten doch Corona als Einladung zu einer Sozialökologischen Transformation begreifen, wie Holger Kreft sie ab Seite 12 skizziert. Ein wirtschaftlicher Wandel ist wünschenswert – aber ein Wandel muss nicht zwangsläufig mit Wirtschaftswachstum einhergehen.

Die Freiwirtschaft bietet den ökonomischen Unterbau für eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang. Bereits 2014 wurden im Euroraum und in der Schweiz negative Nominalzinsen eingeführt, die die Zinslast senken. Gerade hat Baden-Württemberg eine Grundsteuer verabschiedet, die die kommunalen Finanzen zukunfts-

sicher macht. Ab Januar 2021 wird es in Deutschland einen CO₂-Preis geben, der die Nutzung fossiler Brennstoffe in den Bereichen Verkehr und Wärme verteuert, wenngleich diese Öko-Abgabe anfänglich erst bei 25 Euro pro Tonne liegt.

Das alles zeigt: Für unsere Ideen zu Geld, Boden und Ressourcen ist die Zeit gekommen. Schritt für Schritt stellen sich Erfolge ein, die deutlich machen: Unsere kontinuierliche Arbeit lohnt sich.

Und wir machen weiter, denn wir sind noch lange nicht am Ziel! Dabei gehen auch wir mit der Zeit: Wir verlagern den Schwerpunkt vom Gedruckten aufs Internet, um so mehr Menschen zu erreichen. Ab Januar starten wir mit Online-Seminaren (siehe Mittelteil und INWO-Newsletter).

Wir laden Dich herzlich ein mitzumachen. Sei dabei! Denn dann gilt: Wir selbst sind der Wandel, auf den wir gewartet haben!

Frieden, Gesundheit und Freude wünscht im Namen des gesamten INWO-Teams

Beate Bockting



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Hinweis: Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Inhalt

- 3** Beate Bockting:
Baden-Württemberg führt Bodenwertsteuer ein
 - 4** Thomas Kubo:
Bodenwertsteuer: stabil, gerecht und ökologisch
 - 5** Brief an NRW-Finanzminister zur Grundsteuerreform
 - 6** Katharina Pistor: Der Code des Kapitals
 - 8** Thomas Kubo und Beate Bockting:
Bankzinserträge unter die Lupe genommen
 - 11** Ralf Becker: Verantwortung übernehmen:
Sicherheit neu denken
 - 12** Holger Kreft: Corona:
Einladung zur Sozialökologischen Transformation!
 - 16** Silvio Gesell: Die Umwandlung der Privatgrundrente
in Volkseinkommen
 - 18** Buchvorstellungen
- Regionalseiten I-IV in der Heftmitte zum Heraustrennen

Impressum

FAIRCONOMY 16. Jahrgang, Nr. 3 Dez. 2020, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: © Mathisa_s / istock.com / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © ??? / pixabay.com; 4: © Ulrich Kriese und Thomas Kubo; 5: © Laurence Chaperon; 7: CC 2.0, UNU-WIDER from Helsinki, Finland 8: © Thomas Kubo und Helmut Creutz; 9: © geralt / pixabay.com; I: © Abb. unten: Relief Michael Unterguggenberger: Lia Rigler 1976 (Postkartenmotiv); III: © angiechaoticcrooks0 / pixabay.com (Button) + Amber_Avalona / pixabay.com (Spendenbox); 11: © www.sicherheitneudenken.de; 12: © Wikipedia, Urheber: Apfelsamen, Datum: 16.08.2018; 13: © biraneves / pixabay.com; 14: © drfuenteshernandez / pixabay.com; 16: © Fredomatik / pixabay.com; 17: © beejees / pixabay.com / Christina v. Puttkamer; 18: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 20: © geralt / pixabay.com

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55,
60320 Frankfurt, Internet: www.INWO.de,
E-Mail: INWO@INWO.de

Mitglieder- und Abo-Kontakt Deutschland:

INWO e.V., Wallstr. 97, 50321 Brühl
Telefon: +49 2232 156368 (freitags 11-15 Uhr),
E-Mail: mitglieder@inwo.de

Kontoverbindung:

INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz:

INWO Schweiz,
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:

PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Baden-Württemberg führt Bodenwertsteuer ein!

Es gibt Grund zum Feiern: Der Landtag in Stuttgart hat am 4. November ein neues Landes-Grundsteuergesetz verabschiedet. Die Grundsteuer B wird damit zu einer modifizierten Bodenwertsteuer.

Baden-Württemberg geht damit als erstes Land einen eigenen Weg und nutzt die Länder-Öffnungsklausel des Bundes für eine innovative und bürokratiearme Bodenwertsteuer. Im April 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht die bisherige Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Gerade noch fristgerecht wurde Ende 2019 auf Bundesebene ein Grundsteuerreformgesetz verabschiedet. Der Kompromiss besagt, dass die Bundesländer auch andere Modelle als das Bundesmodell wählen können. Die Umsetzung muss bis Ende 2024 gelingen, denn ab 1. Januar 2025 muss die reformierte Grundsteuer angewandt werden.

Baden-Württemberg hat Vorbildfunktion

Baden-Württembergs Finanzministerin Edith Sitzmann (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die verwaltungsfreundliche eigene Lösung: »Mit unserem Bodenwertmodell haben wir ein innovatives, neues Konzept entwickelt, mit dem auch die kommunalen Landesverbände zufrieden sind. Es ist transparent und einfach, nachvollziehbar und bürokratiearm.«

Die »modifizierte Bodenwertsteuer« basiert im Wesentlichen auf nur zwei Kriterien: Grundstücksfläche und Bodenrichtwert. Für die Bewertung des Grundstücks werden beide miteinander multipliziert. Auf das Ergebnis wird dann eine gesetzlich festgelegte Steuermesszahl angewandt – modifiziert nach der Nutzung: Für Grundstücke mit überwiegender Wohnnutzung gilt ein Abschlag von 30 Prozent. »Es ist uns wichtig, dass Wohnen im Durchschnitt nicht teurer werden darf«, sagte Sitzmann. Neu geschaffener Wohnraum löst keine höhere Besteuerung aus, denn die Gebäudefläche spielt im Gegensatz zum Bundes- oder Flächenmodell keine Rolle.

Allein in Baden-Württemberg müssen bis 2024 5,6 Millionen Objekte neu bewertet werden. Die einfachen Kriterien werden dem Land einen Vorteil gegenüber anderen Bundesländern verschaffen. So können die baden-würt-



Die INWO unterstützt den Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!« seit 2012. Jetzt wird Baden-Württemberg zum Vorzeigeland für eine Bodenwertsteuer. Ein riesiger Dank gilt Dirk Löh, Ulrich Kriese, Henry Wilke und Philipp Heuer.

tembergischen Kommunen weiterhin mit verlässlichen Einnahmen planen. Indem sie eigene Hebesätze auf die Grundsteuermessbeträge anwenden, können sie die Gesamthöhe der Kommunalsteuer noch selbst beeinflussen.

Entscheidung in NRW noch offen

Nordrhein-Westfalen hat noch keine Entscheidung zur Grundsteuer getroffen. Auch hier würde eine Bodenwertsteuer Sinn machen. Im dichtbevölkerten NRW sind Grundstücke und Wohnraum besonders knapp. Zudem rechnet der Städte- und Gemeindebund NRW durch die Corona-Pandemie mit Ausfällen von mehr als zwei Milliarden Euro jährlich bei der Gewerbesteuer und den gemeindlichen Anteilen an den Steuern von Bund und Land. Auch die aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit steigenden Sozialausgaben reißen tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte.

Perspektivisch könnten mit einer Bodenwertsteuer die Kommunalfinanzen auf eine sichere Basis gestellt werden (s. S. 4). Doch die schwarz-gelbe Koalition ist sich nicht einig, wie die Grundsteuer ab 2025 aussehen soll. Die CDU hat an der Ausgestaltung des Bundesmodells mitgewirkt. Die FDP will dagegen von der Öffnungsklausel Gebrauch machen

und ein Flächenmodell einführen, das zwar auch die Gebäude in die Besteuerung einbezieht, die Werte der Immobilien jedoch außen vorlässt.

Die oppositionellen NRW-Grünen haben vorgeschlagen, wie in Baden-Württemberg eine reine Bodenwertsteuer einzuführen, die die Gebäude ausklammert und den Boden abhängig vom Wert besteuert. Im Vorfeld der Behandlung des Grünen-Antrags hat die INWO ein Schreiben an Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) und an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses gerichtet, um wichtige Argumente beizusteuern (siehe S. 5).

Zeit zum Umsteuern!

Wo die Würfel in Sachen Grundsteuerreform noch nicht gefallen sind, bleibt es weiterhin wichtig, Bürgermeister und andere Multiplikatoren zu kontaktieren und über die Vorzüge der Bodenwertsteuer zu informieren. Gute Argumente gibt es bei Grundsteuer: Zeitgemäß! unter www.grundsteuerreform.net. Nach wie vor empfehlen wir auch den sehr guten Reader, der im Verlag Thomas Kubo erschienen ist.

Baden-Württemberg richtet sich mit der Einführung der Bodenwertsteuer zukunfts-fähig aus. Das kann jedoch erst der Anfang sein. Das Steuersystem muss, bildlich gesprochen, vom viel zu kompliziert denkenden Kopf auf solide, tragfähige Füße gestellt werden.¹

Beate Bocking

¹ Wie man zukünftig die Bodenwertsteuer stärken und andere Steuern durch die Bodenwertsteuer ersetzen kann, beschreibt Dirk Löh gemeinsam mit dem ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Carsten Kühl im Jahrbuch für öffentliche Finanzen, 2. Halbband 2020. www.laenderfinanzbericht.de/jahrbuch-2020.html

Bodenwertsteuer: stabil, gerecht und ökologisch

Steuervermeidung und Steuerflucht höhlen die öffentlichen Finanzen aus. Unternehmensgewinne und Privatvermögen werden nach wie vor in Steueroasen verlagert. Boden dagegen kann nicht verlagert werden. Die Bodenwertsteuer sorgt für stabile Einnahmen.

Der Europa-Abgeordnete Sven Giegold stellt Deutschland unter Bezugnahme auf die neueste Studie des Tax Justice Network (TJN) ein enttäuschendes Zeugnis aus: Das TJN ermittelt für Deutschland entgangene Steuern in Höhe von 29 Mrd. €, u.a. weil es immer noch möglich ist, Unternehmensgewinne und Privatvermögen in Steueroasen zu verlagern.¹ Giegold schreibt:

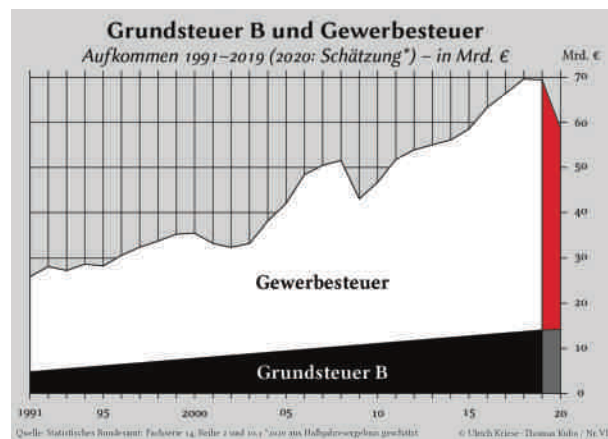
»Die deutsche Regierung müsste eigentlich ein großes Interesse daran haben, das zu ändern. Rechnet man die geschätzten indirekten Verluste mit ein, dann sind es womöglich sogar mehr als 90 Milliarden Euro jährlich. Diese Milliarden fehlen uns für Investitionen in den Klimaschutz, die Gesundheit, die Bildung und die Infrastruktur für die Zukunft.«

Giegold kritisiert auch, dass Deutschland keine aggregierten Steuerdaten an die OECD liefert, welche die Grundlage für die Rechnung des TJN bilden, und damit aktiv Steuertransparenz blockiert. Dies ist bedauerlich, und das Bemühen von Giegold ist richtig.

Bodenwertsteuer – weil man sie nicht hinterziehen kann!

Ich frage mich allerdings, warum Giegold sich bisher nicht öffentlich zu einer höchst einfachen und unbürokratischen Maßnahme zur Herstellung von Steuertransparenz durchgerungen hat: der Bodenwertsteuer. Diese findet unter anderem einen Befürworter in Nicholas Shaxson, der ein erschütterndes Buch über Steueroasen geschrieben hat. Shaxsons Hauptargument: »Warum Bodenwertsteuer? Weil man sie nicht hinterziehen kann!«²

Die Bodenwertsteuer braucht vier Daten: den Bodenrichtwert pro Quadratmeter, der von den Gutachterausschüssen erhoben wird, die Grundstücksfläche, den Eigentümer oder die Eigentümerin und den Hebesatz der Gemeinde. Die Steuerpflichtigen müssen keine umfangreiche Steuererklärung abgeben, und die



Finanzämter müssen kaum prüfen: Die Grundstücke kann man schließlich nicht in einer Bilanz verschwinden lassen oder ins Ausland verlagern. Alle Daten liegen vor.

Die Grundsteuer ist eine der verlässlichsten Steuern überhaupt, weil sie quartalsweise einfach eingezogen wird und ihre Höhe – im Unterschied zur Gewerbesteuer – nicht von der Konjunktur abhängt, wie die Grafik zeigt. In ihr sind die Einnahmen aus Gewerbesteuer und Grundsteuer B seit 1991 eingezeichnet. Diese sind die beiden wichtigsten Kommunalsteuern.

Für das Jahr 2020 liegen bisher nur die Zahlen für die ersten beiden Quartale vor. Die Einnahmen aus der Grundsteuer B betragen bisher ca. 7,10 Mrd. und damit bereits etwas mehr als die Hälfte vom Betrag aus 2019 (14,03 Mrd.).

Die Grafik zeigt deutlich die Krisenanfälligkeit der Gewerbesteuer, bereits 2001/2002 nach dem Platzen der Dotcom-Blase, dann 2009 in der Finanzkrise und nun erneut infolge der Corona-Krise. Im ersten Halbjahr wurden 22,27 Mrd. eingenommen. Der Vergleich mit 2019 (55,37 Mrd.) ist frappierend. Wenn wir die Gewerbesteuereinnahmen des 1. Halbjahres gedanklich verdoppeln (44,54 Mrd. €), dann werden 2020 10,8 Mrd. weniger Einnahmen für die Kommunen bereitstehen. Im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum (29,09 Mrd.) sind bereits 6,82 Mrd. weniger eingenommen worden. Die Annahme, dass die Gewerbesteuereinnahmen auch im zweiten Halbjahr niedriger ausfallen, ist aufgrund des Lockdown light im November nicht aus der Luft gegriffen. Ferner sind erhebliche Fördergelder geflossen, die die Staatsschulden nach oben treiben. Die Kommunen erhalten auch Anteile aus der Umsatz-

steuer und der Einkommenssteuer. Auch diese werden 2020 niedriger ausfallen, so dass es für die Kommunalfinanzen wie auch für die Staatsfinanzen generell recht düster aussieht.

Zuverlässige Einnahmen für die Kommunen

Die Grundsteuer hingegen generiert konjunktureresistent und zuverlässig Einnahmen und bildet daher für die Planungssicherheit der kommunalen Finanzen eine feste Säule. Die Grundsteuer, wie sie jetzt ist, hat allerdings mehrere Nachteile und muss reformiert werden. Eine Bodenwertsteuer wäre nicht nur einfach und zuverlässig, sondern auch gerecht und ökologisch.³ Zu schön, um wahr zu sein? Leider ja, denn »aufkommensneutral« mit ca. 14 Milliarden würde auch eine Bodenwertsteuer nur mit ca. 2 Prozent zum gesamten deutschen Steueraufkommen beitragen.

Es wäre also wichtig, 1. eine Bodenwertsteuer in den einzelnen Bundesländern zu etablieren, und dann 2. andere Steuern zu senken und 3. die Bodenwertsteuer schrittweise zu erhöhen. Den Steuerhinterziehern und Steuergehaltern bleibt dann kein Spielraum, so dass die verlorenen Milliarden, die das Tax Justice Network ausgerechnet hat, dann gleich »mitgenommen« werden könnten. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 und der Verabschiedung des Bundesgesetzes im letzten Jahr liegt es nun in der Hand der Bundesländer, diese einfache Steuer für sich umzusetzen.

Thomas Kubo

¹ <https://sven-giegold.de/steuergerechtigkeit-albtraum-in-zahlen/>

² Vgl. Nicholas Shaxson: *Treasure Islands. Tax Havens and the Men who Stole the World*. London 2011, S. 286. Zitiert in: *Grundsteuer: Zeitgemäß!* – Der Reader zum Aufruf. Münster 2019, S. 12.

³ Vgl. www.grundsteuerreform.net

Brief an NRW-Finanzminister zur Grundsteuerreform

Nordrhein-Westfalen hat noch keine Entscheidung zur Grundsteuer getroffen. Auch hier würde es Sinn machen, eine Bodenwertsteuer einzuführen. Die INWO schrieb daher Finanzminister Lutz Lienenkämper sowie die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses an.

Sehr geehrter Herr Minister Lienenkämper, am 19. November wird das Thema Grundsteuerreform im Finanzausschuss behandelt. Für uns als INWO ist der Umgang mit dem Faktor Boden für unsere Wirtschaftsordnung ganz wesentlich. Wir brauchen eine gerechte, mit unserem Grundgesetz vereinbare und den Verwaltungsaufwand für die Kommunen gering haltende Lösung, die von uns Bürgerinnen und Bürgern nachvollzogen und respektiert werden kann.

Gerechtigkeit und Rechtssicherheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber zwar einen weiten Spielraum für die Ausgestaltung eines neuen Gesetzes habe. Allerdings muss er einen Belastungsgrund nennen, der dann in der Bemessungsgrundlage realitäts- und relationsgerecht umgesetzt wird.

Speziell das Flächenmodell fußt auf der Annahme, dass die Gebäude- und Bodenflächen gute Indikatoren für den Nutzen wären, den die Bewohner aus der kommunalen Infrastruktur ziehen. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen besagen jedoch das Gegenteil: Gerade in peripheren, einfachen Lagen mit schlechtem Zugang zur Infrastruktur ist die Inanspruchnahme von Wohnfläche oftmals höher als in den zentralen Lagen. Flächen-gleiche Immobilien in peripheren Lagen würden über eine flächenbezogene Bemessungsgrundlage in Relation zum Nutzen höher belastet als solche in guten, zentralen Lagen. Die Modelle Hessen, Niedersachsen und Hamburg schwächen diese regressive Belastungswirkung zwar ab, heben sie allerdings nicht auf. Zudem entstehen durch die lagebezogenen Modifikationen verfassungsrechtlich bedenkliche Mischmodelle. Verfassungsrechtlich bedenklich ist zudem, dass die Gewichtung der Flächen mit Äquivalenzzahlen letztlich willkürlich geschieht und sich nicht aus dem Markt ableiten lässt.

In einer Anhörung der Landesregierung Baden-Württemberg Ende Januar wurde hingegen festgestellt, dass das Bodenwertmodell verfassungsrechtlich einwandfrei ist.

Verwaltungsaufwand und Bürokratieabbau

Die Einbeziehung der Gebäude sowohl im Bundesmodell wie in den flächenbezogenen Modellen verursacht zudem erheblichen Verwaltungsaufwand. Nicht nur das Bundesmodell ist viel zu komplex, auch die Flächenmodelle sind nicht so einfach, wie sie erscheinen. Insbesondere der Aufwand für die Ermittlung von Gebäudeflächen bei Gewerbebetrieben sollte nicht unterschätzt werden.

Das Bodenwertmodell ist hingegen sehr einfach zu administrieren. Nordrhein-Westfalen hätte aufgrund seines entwickelten Gutachterausschusswesens diesbezüglich noch deutlich bessere Voraussetzungen als Baden-Württemberg.

Unser Appell: Machen Sie die Grundsteuer zu einer Steuer, die ihren Namen verdient: Nur der Grund sollte besteuert werden!

Vermittelbarkeit und Akzeptanz

Das Bundesmodell und die Flächenmodelle sind nicht nur aufgrund ihrer Komplexität, sondern auch aus anderen Gründen schwer zu vermitteln. Boden ist ein knappes Gut, mit dem wirtschaftlich umgegangen werden muss. Gerade in Zeiten negativer Zinsen darf Boden nicht zum Spekulationsobjekt verkommen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht, dass in Zeiten von Wohnungsmangel und steigenden Mieten mit Baurechten versehene Flächen tatsächlich bebaut werden. Aus ökologischen Gründen sollte dagegen der weitere Landschaftsverbrauch reduziert werden. Es muss daher investiert werden, um bestehende Gebäude auszubauen, zu erhalten und den Anforderungen der Zeit anzupassen. Bei vermehrter Arbeit im Home-Office werden die Wohnansprüche sich weiter erhöhen. Investitionen in Gebäude dürfen daher nicht zu einer höheren Grundsteuer führen. Dies garantiert einzig die Bodenwertsteuer. Auch für viele Unternehmen wäre es derzeit problematisch, wenn durch die extreme Differenzierung der Steuermesszahl für Gebäude zwischen Wohnen und Gewerbe eine erhebliche Mehrbelastung auf sie zukäme – was offenbar die das Flächenmodell unterstützenden Wirtschaftsverbände noch nicht erkannt haben. Dagegen wird im Baden-Württember-



Minister der Finanzen Lutz Lienenkämper, MdL

© Laurence Chaperon

ger Modell über eine einfache Modifikation der Steuermesszahl (Abschlag von 30 % für Wohnnutzungen) eine Ausgewogenheit der Belastungsverschiebung zwischen Wohn- und Nichtwohnnutzungen sichergestellt.

Der Umstand, dass in der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, die auch von unserer Organisation unterstützt wird, das gesamte gesellschaftliche Spektrum von Arbeitnehmer- über Naturschutz-, Planungs- bis hin zu arbeitgebernahen Instituten in dem Bündnis vertreten ist, zeigt, dass das Bodenwertmodell gesellschaftlich vermittelbar und konsensfähig ist.

Für die Bodenwertsteuer spricht aber vor allem die ökonomische Überzeugung: Von der Sache her haben sich mindestens zehn Wirtschafts-Nobelpreisträger aus allen politischen Lagern für eine Bodenwertsteuer ausgesprochen, da sie soziale und effizienzbezogene Ziele versöhnt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die kommunalen Steuern in Nordrhein-Westfalen ökonomisch zukunftsfähig aufgestellt werden.

Sollte für Ihre Entscheidungsfindung noch die Diskussion mit Experten notwendig sein, können wir das gerne zeitnah vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Felix Fuders

Katharina Pistor: Der Code des Kapitals

Gerade erschien ein Werk in deutscher Übersetzung, das von der Financial Times als eines der besten Bücher des vergangenen Jahres ausgezeichnet wurde. Sein Thema: Was verwandelt bloßen Reichtum in ein Vermögen, das automatisch mehr Reichtum schafft?

Katharina Pistor ist Professorin für vergleichende Rechtswissenschaft und Direktorin des Center on Global Legal Transformation an der Law School der Columbia University in New York. Sie wurde 1963 in Freiburg im Breisgau geboren und hat dort Jura studiert. Pistor zeigt in ihrem neuen, bahnbrechenden Buch, wie Kapital hinter verschlossenen Türen in Anwaltskanzleien geschaffen wird und warum dies einer der wichtigsten Gründe für die wachsende Ungleichheit in unseren Gesellschaften ist.

Das Recht »codiert« selektiv bestimmte Vermögenswerte und stattet sie mit der Fähigkeit aus, privaten Reichtum zu schützen und sogar erst zu »produzieren« – auf die Bedeutung des Rechts lenkt Pistor unsere Aufmerksamkeit. Durch rechtliche »Codierungen« könne jedes Objekt, jeder Anspruch oder jede Idee in Kapital umgewandelt werden. Anwälte als »Hüter des Codes« wählen aus verschiedenen Rechtssystemen und Rechtsinstrumenten diejenigen aus, die den Bedürfnissen ihrer Mandanten am besten dienen. Techniken, die vor Jahrhunderten Landbesitz in Kapital transformierten, dienen so heute zur Codierung von Aktien, Anleihen, Ideen und Zukunftserwartungen.

Mit diesem Code des Kapitals befasst sich Pistor schon seit vielen Jahren. 2010 legte sie eine rechtsökonomische Analyse der Massenprivatisierung in Russland und der Tschechischen Republik vor: Transformationsländer, die Massenprivatisierungsprogramme durchführten und in denen institutionelle Investoren eine Schlüsselstellung als Neueigentümer der privatisierten Unternehmen einnahmen. Nach der Finanzkrise erschien ein gemeinsam mit Curtis J. Milhaupt verfasstes Buch über »Recht und Kapitalismus« und 2016 war Pistor Mitherausgeberin eines Sammelbands zum Thema Regulierung des Zugangs zu lebenswichtigen Ressourcen (Governing access to essential resources).

Vier Module der Codierung

Nun hat Katharina Pistor ihre Erkenntnisse zusammengefasst und »ein großes, beunruhigendes Porträt der globalen Natur dieses Codes sowie der Menschen, die ihn gestalten,



Katharina Pistor: Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft. Berlin: Suhrkamp 2020. Gebunden, 440 Seiten, ISBN: 978-3-518-58760-7. Auch als eBook erhältlich.

und der Regierungen, die ihn durchsetzen« gezeichnet.

Vier spezielle Module sorgen dafür, dass ein bestimmtes Gut oder eine bestimmte Güterklasse zu Kapital wird (S. 17-18). Diese Module muss das Recht sichern, um aus reinem Besitz Kapital machen zu können:

1. Priorität (»priority«), welche konkurrierende Ansprüche auf dieselben Güter in eine Rangfolge bringt.
2. Beständigkeit (»durability«), welche die prioritären Ansprüche zeitlich ausdehnt.
Beim Bodenbesitz war eine solche Beständigkeit beispielsweise gegeben, solange dieser nicht gepfändet werden durfte (selbst nicht, wenn der Boden mit einer Hypothek belegt war), nur so konnte er als Kapital verlässlich Früchte abwerfen und von Generation zu Generation weitergegeben werden.
3. Allgemeingültigkeit (»universality«), welche die prioritären Ansprüche räumlich ausdehnt.
Allgemeingültigkeit sorgt dafür, dass Forderungen und Ansprüche nicht nur zwischen Vertragsparteien gelten, sondern dass der Staat die entsprechenden Ansprüche gegen jedermann verteidigt.
4. Konvertierbarkeit (»convertibility«), die als ein Versicherungsmechanismus fungiert.
Die Konvertierbarkeit ermöglicht es Vermögensinhabern, ihre privaten Kreditansprüche bei Bedarf in Staatsgeld umzuwandeln und damit ihren Nominalwert zu schützen.

»Ein faszinierendes Buch, das zeigt, wie die Rechte des Kapitals im internationalen Rechtssystem verankert wurden.«
Thomas Piketty

Staatliches Geld sei das einzige Gut, dessen (nominale) Kaufkraft sicher sei und somit bei fehlender Privatchfrage nicht völlig seinen Wert verliere. Als Beleg hierfür könnte die aktuelle Bereitschaft der Zentralbanken dienen, Wertpapiere (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) anzunehmen, die womöglich sonst keine Abnehmer mehr finden würden – und im Gegenzug Zentralbankgeld zu zahlen.

Doch eine Folge hiervon ist Inflation, wenn nicht im Bereich der Verbraucherpreise, dann doch mindestens im Bereich der Vermögenswerte wie Boden (Bodenpreissteigerungen)

oder Aktien (Überbewertungen). Daher mag diese Warnung Pistor vor einem schuldenbasierten »Privatgeld« zu kurz greifen, ist doch das staatliche Geld durch ewige Schuldenausweitung und Monetisierung von Schuld genauso gefährdet:

»Schulden, das Privatgeld, das den Kapitalismus seit seiner Gründung angetrieben hat, sind im Recht codiert und stützen sich letztlich auf den Staat, der sie absichert. Die Staaten sollten dies erkennen und die Inflation des privaten Geldes unter Kontrolle halten, denn je mehr sie sich in Boom-Zeiten dem Willen privater Schuldenproduzenten beugen, desto eher sitzen sie in der Zwickmühle, wenn sich herausstellt, dass die Wirtschaft die von ihnen geschaffene Schuldenlast gar nicht schultern kann.« (S. 174)

Die Alternative: Free Money

Erfreulich ist jedoch, dass Katharina Pistor sehr wohl die Lösung für dieses Problem kennt und sie auch schon öffentlich propagiert hat. Im März veröffentlichte sie auf den Seiten des Just Money Network einen Beitrag unter dem Titel »Money in the Time of Coronavirus – The Case for Free Money (a real Libra)«.

Ausgangspunkt war die Kritik Pistor an den Einmalzahlungen in Dollar, mit der die Trump-Administration die Corona-Krise bekämpfte. Diese hielt sie für problematisch. »Als Alternative schlage ich vor, dass die Regierungen eine neue Art von Währung ausgeben: Free Dollars (Euro, Pfund, Yen)«.

Die Einmalzahlungen hätten mehrere Probleme, meinte Pistor. Sie seien auf die Steuerzahler beschränkt und würden die Ärmsten der Armen nicht erreichen, die meist nicht über Bankkonten verfügen, um ihre Schecks einzulösen. Angesichts der (drohenden) Arbeitslosigkeit und der enormen Schuldenlast wären die Einmalzahlungen zudem für viele Haushalte nicht ausreichend, während reichere Haushalte die Dollars horten würden, anstatt sie auszugeben, wodurch die Wirksamkeit dieses Liquiditätsschubs gedämpft würde.

Alternativ schlägt Pistor daher »eine wirklich freie Währung« vor. Die Regierungen sollten eine neue Art von Währung als digitale Zentralbankwährungen ausgeben: Free Dollars (Euro, Pfund, Yen). Dabei bezieht sie sich ausdrücklich auf die Vorschläge Silvio Gells und auf das Freigeld-Experiment der 1930er Jahre in Wörgl.

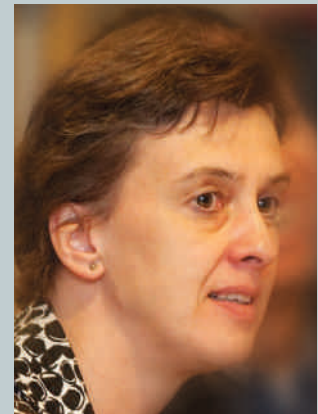
Free Dollars sollten sowohl als Tauschmittel als auch als Rechnungseinheit dienen. Im Gegensatz zum Greenback und anderen konventionellen Währungen sollten sie jedoch nicht als Wertaufbewahrungsmittel konzipiert sein. Stattdessen sollte ein Free Dollar einen Bruchteil seines Nennwertes verlieren, wenn er nicht innerhalb einer bestimmten Zeitspanne ausgegeben wird. »Dieses Merkmal ist vergleichbar mit negativen Zinssätzen, die dau-

Die rechtliche »Einhegung« der Gemeingüter geht weiter

Die »Einhegung« von Wissen« vollzieht sich stiller als die »Einhegung« von Grund und Boden, und ohne physische Gewalt – doch ihre Auswirkungen könnten noch bedeutender sein:

»Es war traumatisch für die Commoners, ihre Lebensgrundlagen zu verlieren, und für die indigenen Völker, von dem Land vertrieben zu werden, das sie jahrhundertlang bewohnt und bewirtschaftet hatten. Heute laufen wir nun Gefahr, den Zugang zu unseren eigenen Daten und zum Code der Natur zu verlieren, und das nur deshalb, damit ausgewählte Vermögensinhaber eine weitere Gelegenheit dazu erhalten, ihren Reichtum auf Kosten aller anderen zu vergrößern.«

(Der Code des Kapitals, S. 209)



Katharina Pistor

erhaft an nicht ausgegebenes Geld geknüpft wären.«

Sein Zweck bestünde nicht nur darin, vorübergehend eine deflationäre Periode zu bekämpfen, sondern »Geld in der gesamten Wirtschaft im Überfluss zur Verfügung zu stellen«. Die Regierung sollte dabei Free Dollars zur Begleichung ausstehender Steuerverpflichtungen akzeptieren und damit den Free Dollar als Rechnungseinheit fest verankern. Free Dollars sollten in Form von digitalem Geld über Mobiltelefone und Online-Geräte ausgegeben werden, die in vielen Teilen der Welt, darunter auch in China und Teilen Afrikas, bereits üblich sind.

Katharina Pistor zeigt in ihrem Beitrag über Gesell-Geld, dass die »Codierung« eben auch nicht vor unserer Geldordnung selbst Halt macht. Die erfreuliche Nachricht: Wir können deren Gesetzmäßigkeiten ändern, um unser Geld gerechter und inklusiver zu gestalten!

Beate Bockting

Bankzinserträge unter die Lupe genommen

Die Deutsche Bundesbank hat im September-Monatsbericht in ihrem jährlichen Überblicksartikel »Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute« Zahlen zusammengetragen, die von höchster Relevanz sind. Guthabenzinsen müssten weiter gesenkt werden.

Die *Bankzinserträge* stellen eine wirtschaftliche Schlüsselgröße dar. Sämtliche Einnahmen aus dem Zinsgeschäft aller deutschen Geschäftsbanken sind darin zusammengefasst. Die Zinsbelastung einer Volkswirtschaft lässt sich daher an dieser Zahl deutlich ablesen. Die Bundesbank ist nicht nur Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), sondern nimmt auch die Rolle der obersten statistischen Meldebehörde für das gesamte deutsche Bankwesen ein. Die Zahlen haben daher Gewicht.

Helmut Creutz hat in einer seiner bekannten Grafiken über Jahre die Entwicklung der Bankzinserträge dokumentiert (Nr. 118a). Seine Grafik wurde hier ergänzt durch die *Provisionsüberschüsse* (Nr. 118c), hier in grün, und verlängert bis einschließlich 2019.

Neben den Bankzinserträgen spielen zwei weitere Größen eine wichtige Rolle. Unter *Bankzinsaufwendungen* bezeichnet die Bundesbank sämtliche Ausgaben der Geschäftsbanken im Zinsgeschäft. Die Zinsaufwendungen sind ebenfalls eine volkswirtschaftliche Schlüsselgröße. Anhand der Bankzinsaufwendungen lässt sich ablesen, wie viele Zinsen an die Gut-

habenbesitzer (vor allem an Privatpersonen und Unternehmen) zurückgeflossen sind. Allerdings gehen die Zinsaufwendungen der Banken nicht gleichmäßig an alle Haushalte: an Haushalte ohne Geldvermögen per Definition überhaupt nicht, den meisten Haushalten mit Zinseinnahmen stehen noch höhere Zinsausgaben (direkte und indirekte) gegenüber, und nur sehr reiche Haushalte mit hohem Geldvermögen machen Gewinn.

Die *Bankmarge* oder der *Zinsüberschuss* bezeichnet den Gewinn aus dem Zinsgeschäft, der nach Abzug der Bankzinsaufwendungen bei den Banken verbleibt. Die folgende Rechnung zeigt, wie die Größen miteinander zusammenhängen:

Bankzinserträge
- Bankzinsaufwendungen
= Zinsüberschuss/Bankmarge

Die Betrachtung der Zahlen¹ erlaubt folgende Schlussfolgerungen:

Kreditzinsen: Bankzinserträge weiter gesunken

Die Bankzinserträge sind 2019 im Vergleich zu 2018 um ca. 5 Mrd. von 167,8 auf 162,8

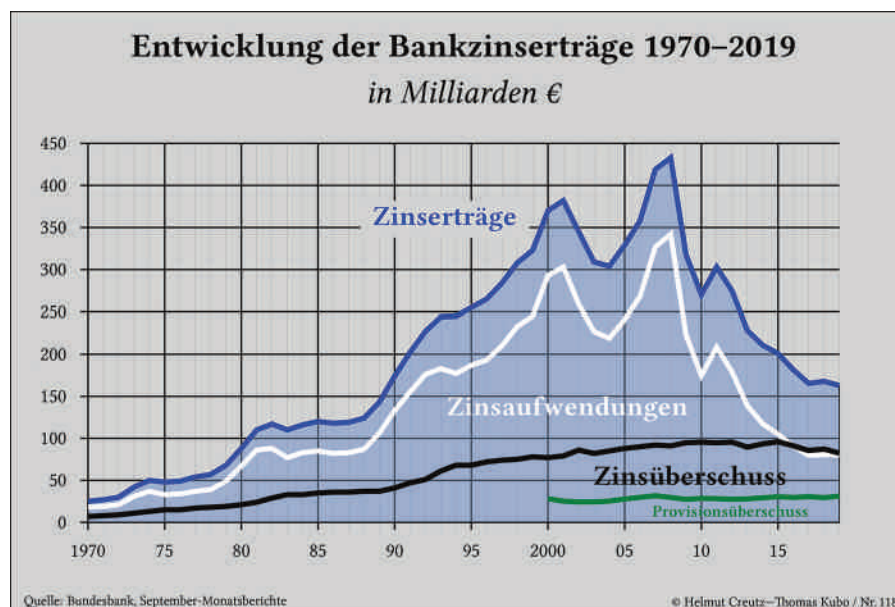
»Es fällt den Banken schwer, die Guthabenzinsen im Gleichschritt mit den fallenden Kreditzinsen zu senken.«

Mrd. € zurückgegangen. Es mag vielleicht aufgrund der niedrigen Kreditzinsen erstaunen, dass diese Zahl immer noch so groß ist, doch bei den Bankzinserträgen sind auch Erträge aus Krediten enthalten, die vor Jahren zu hohen Zinsen abgeschlossen wurden und eine lange Laufzeit haben. Mitnichten ist es daher so, dass die Zinsbelastung der Wirtschaft und der Menschen durch die Niedrigzinsen schlagartig auf null gesunken ist!²

Kompensation durch Ausweitung der Kreditvergabe

Die Banken versuchen, die schwindenden Zinserträge durch eine Ausweitung der Kreditvergabe zu kompensieren. Die verstärkte Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten aufgrund der niedrigeren Zinsen kam den Banken hierbei entgegen. Die Buchkreditvergabe an den Privatsektor stieg 2019 mit 4,8 % zum sechsten Mal in Folge stärker an als im Vorjahr. Absolut erhöhten sich die Buchkredite an den Privatsektor im Jahr 2019 per saldo um 137,5 Mrd. €, die Hälfte davon entfiel auf Kredite für den Wohnungsbau. Hiervon profitierten vor allem die besonders vom Einlagen- und Kreditgeschäft abhängigen Sparkassen und Kreditgenossenschaften (rd. 29 % bzw. 25 %). Die vier Großbanken trugen nur rund 14 % zu der Ausweitung der Kredite bei.

Doch trotz der höheren Kreditvolumina entwickelten sich das Volumen der Zinserträge bei fast allen Bankengruppen erneut rückläufig.



Guthabenzinsen: Zinsaufwendungen sinken nicht im Gleichschritt

Die Zinsaufwendungen, die an Guthabenbesitzer ausgezahlt wurden, sind nicht weiter gesunken, sondern recht konstant bei ca. 80,3 Mrd. geblieben (ca. 80,6 Mrd. im Vorjahr). Sie stagnieren seit 2017. Offenbar fällt es Banken schwer, die Guthabenzinsen im Gleichschritt mit den fallenden Kreditzinsen zu senken, wie sie es eigentlich tun müssten, um ihre Bankmarge aufrechtzuerhalten.

Dies hat mehrere Gründe:

- Während bei den Kreditzinsen die Konkurrenz zwischen den Banken zinsenkend wirkt, wirkt sie bei den Guthabenzinsen in die andere Richtung: Einlagen werden durch möglichst hohe Zinsen eingeworben. Wenn ein Institut seine Einlagenzinsen senken will, riskiert es, dass Kunden Einlagen abziehen, entweder in Form von Bargeld oder als Überweisung an eine andere Bank, die höhere Zinsen zahlt.
- Insbesondere die Großbanken haben versucht, Einlagen (die von ihnen nach der Finanzkrise als eine verlässliche Refinanzierungsquelle neue Wertschätzung erfahren haben) einzuwerben. Dies war ihnen nur möglich, indem sie bessere Konditionen boten als andere.
- Mit dem Bestand an Kunden wurden die Verträge meist vor vielen Jahren geschlossen. Automatische Zinsanpassungen sind nicht immer möglich. Vertragsänderungen oder Vertragskündigungen sind aufwändig und manchmal schwierig.
- Speziell die Einführung negativer Guthabenzinsen ist für die Banken problematisch. Die Nullzinsgrenze stellt eine psychologische Grenze dar, da das negative Vorzeichen von den Kunden direkt mit einem Verlust assoziiert wird. Die Einführung von Negativzinsen kann auch mit einem Imageschaden einhergehen, den die Bank vermeiden will.
- Die Verbraucherzentralen spielen eine unrühmliche Rolle bei der Verhinderung einer ökonomisch sinnvollen Zinsentwicklung. Sie überziehen Banken, die Negativzinsen einführen wollen, mit Klagen.
- Dass solche Klagen erhoben werden, zeigt, dass der Gesetzgeber es bisher versäumt hat, Gesetze und Verordnungen hinreichend an die veränderten ökonomischen Erfordernisse, speziell an die negativen Zinsen, anzupassen.
- Da die Weitergabe der Negativzinsen nicht von der EZB oder dem Gesetzgeber vorgeschrieben wird und auch auf andere Weise keine gleichen Bedingungen für alle Banken hergestellt werden, versuchen die Banken negative Guthabenzinsen so lange wie möglich zu vermeiden bzw. bleiben sie eingeschränkt in der notwendigen Transmission der Zinsen.

Bankmarge: Zinsüberschüsse sinken seit 2013

Für die Bankmarge bedeutet das daher: Alle Banken zusammen nahmen weniger im Zinsgeschäft ein, schütteten aber weiterhin etwa dieselbe Summe an Anleger aus. Die Zinsüberschüsse sind im Vergleich zu 2018 um etwa dieselbe Größe geschrumpft wie die Zinserträge der Banken, nämlich um ca. 4,7 Mrd. € (von ca. 87,2 auf ca. 82,5 Mrd. €).³

Diese Tendenz nominal sinkender Zinsüberschüsse lässt sich seit 2013 beobachten.

Kompensation durch andere Einnahmen schwierig

Der Zinsgeschäft, traditionell das größte Ertragsgebiet der Banken, macht 2019 erstmals weniger als 70 % der operativen Erträge aus, Tendenz weiter sinkend.

schuss und Handelsergebnis jedoch nicht ausgleichen.

Da die Banken die Zinsausgaben, sprich: die Guthabenzinsen für ihre Kunden, nicht so reduzieren können, wie sie es eigentlich müssten, sind sie gezwungen, andere Ausgaben zu kürzen. Banken fusionieren im großen Stil, reduzieren ihren Personalbestand und schließen Filialen. Teilweise mag das eine sinnvolle Entwicklung sein, da der Bankensektor speziell in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten fürstlich gelebt hat. Aber den Einsparungen sind natürlich Grenzen gesetzt.

Unterschiede zwischen Bankengruppen

Interessant ist es auch, die unterschiedlichen Bankengruppen zu betrachten. Aus der Aufschlüsselung der Bundesbank geht hervor:



Neben dem Zinsüberschuss leben Banken vor allem vom Provisionsüberschuss aus ihrem zinsunabhängigen Geschäft. Der Provisionsüberschuss und das sonstige betriebliche Ergebnis stiegen zwar gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mrd. € beziehungsweise um 2,1 Mrd. €, an, konnten die Rückgänge beim Zinsüber-

Was für die Gesamtheit aller Banken gilt, kann je nach Bankengruppe unterschiedlich aussehen. Bei den Zinserträgen im engeren Sinne konnten im Vergleich zum Vorjahr nur Groß- und Landesbanken einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Die Großbanken verbuchten hier im Jahr 2019 gegenüber 2018 einen Anstieg

- 1 Deutsche Bundesbank Monatsbericht September 2020, im Internet unter: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/844602/9d28b990afb142252ff410be6b92dfd5/mL/2020-09-ertragslage-data.pdf>
- 2 In den Bankzinsenträgen sind zwar sachlich unsauber auch Aktienerträge enthalten, aber die im Verhältnis geringe Summe von 4,8 Mrd. zeigt, dass Aktien für die Geschäftsbanken längst nicht so relevant sind wie das Kreditgeschäft.
- 3 Der Zinsüberschuss im engeren Sinne entsprach zwar mit 71,9 Mrd. € nahezu dem Vorjahreswert von 71,8 Mrd. €, jedoch sank der Zinsertrag im weiteren Sinne aus laufenden Erträgen aus nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen um 5,0 Mrd. €.

um 2,2 Mrd. € (7,5 %) auf 31,6 Mrd. €. Die Landesbanken nahmen 2,8 Mrd. € (11,6 %) mehr reine Zinserträge ein (insgesamt 26,7 Mrd. €). In beiden Fällen beschränkten sich die Zuwächse aber nur auf einige Institute. Die Sparkassen verzeichneten einen Rückgang ihres Zinsertrags im engeren Sinne um 0,9 Mrd. € (3,7 %) auf 24,1 Mrd. €. Auch bei den Kreditgenossenschaften reduzierte sich der reine Zinsertrag um 0,4 Mrd. € (2,1%) auf 17,6 Mrd. €.

Das Provisionsgeschäft verlief dagegen besser als im Vorjahr. Die Provisionserträge aller Bankengruppen haben insgesamt um ca. 1,7 Mrd. zugelegt. Sparkassen und Kreditgenossenschaften gehören hier zu den Gewinnern, während die vier Großbanken weniger Provisionserträge erzielen konnten. Der Posten Provisionserträge ist bei anhaltenden Niedrigzinsen besonders zu beachten. Laut Bundesbank werden hier nämlich unter anderem die Kontoführungsgebühren und die Erträge aus dem Immobiliengeschäft verbucht. Sowohl Sparkassen als auch Genossenschaftsbanken geraten somit in den Fokus der Geld-

»Die Transmission der negativen Zinsen muss dringend verbessert werden.«

und Bodenreformer, sowohl weil diese besonders hohe Kontoführungsgebühren nehmen (teils, um damit die Einführung negativer Zinsen zu vermeiden), als auch recht aktiv im Immobiliengeschäft unterwegs sind.

Kritik an Negativzinspolitik ökonomisch falsch

Allen Kritikern niedriger Zinsen, die gerne wieder in die Hochzinsphase zurückkehren möchten, sei ein Blick auf das Jahr 2008 nahegelegt. Damals betrugen die Bankzinserträge 441 Mrd. €! Damals hatte die deutsche Volkswirtschaft eine um 278 Mrd. € höhere Zinsbelastung zu tragen als im Jahr 2019. Denn die Zinskosten müssen ja von den Unternehmen erst erwirtschaftet werden, was sich in einer weitgehend gesättigten bzw. stark ungleichen Gesellschaft immer schwieriger gestaltet.

Medienkritik ist diesbezüglich ebenfalls angebracht. Die Medien machen mit der Mär von der »Enteignung der Sparer« Stimmung gegen die Negativzinspolitik der EZB. Sie haben der Bevölkerung vorgerechnet, welche Zinseinnahmen ihr angeblich entgangen seien, hätten die Zinsen ihre gewohnte Höhe

Einen Abbau von Überschuldung kann es perspektivisch nur geben, wenn die Zinsen noch stärker in den negativen Bereich gehen.

beibehalten. Dass die hohen Zinsen ab 2007 schon zu einer Finanzkrise geführt hatten, wurde dabei allzu gern vergessen.

Gegenüber der medialen Aufmerksamkeit, die beispielsweise dem CumEx-Skandal gewidmet wird, erscheint die öffentliche Aufmerksamkeit für die positiven Effekte der Zinssenkungen verschwindend gering. Laut Tagesschau haben die CumEx-Machenschaften insgesamt 5,3 Mrd. € Schaden über einen Zeitraum von mehreren Jahren in Deutschland angerichtet. Zweifellos ein Skandal, der aufgearbeitet werden muss – aber bei den Bankzinserträgen geht es um Hunderte Milliarden! Ohne die vorgenommenen Zinssenkungen wäre unser Finanzsystem längst vollends zusammengebrochen. Die Negativzinspolitik der EZB war dringend notwendig.

Weitere Herausforderungen

Unsere Zentralbank, und mit ihr die ganze Gesellschaft, steht jedoch vor weiteren Herausforderungen. Die weit verbreitete Überschuldung und die weitere Kreditausweitung erfordern weiter sinkende Kreditzinsen. Gleichzeitig bedeutet dies, dass Banken in die Lage versetzt werden müssen, die Guthabenzinsen weiter zu senken, insbesondere für die täglich fälligen Einlagen. Die Transmission der negativen Zinsen muss daher dringend verbessert werden. Banken müssen die Negativzinsen unter gleichen Bedingungen an ihre Einleger weiterreichen können. Wenn auch das gehortete Bargeld mit einem von der Zentralbank festgesetzten Negativzins belastet würde, könnten alle Banken die Kundeneinlagen gleichmäßig negativ verzinsen, ohne hier ständigem Konkurrenzdruck zu unterliegen.

Diese Maßnahme ist von entscheidender Bedeutung, denn die aufgrund der Coronakrise steigende Verschuldung wird nur tragfähig, wenn die Zinsen weiter sinken. Und einen Abbau von Überschuldung kann es perspektivisch nur geben, wenn die Zinsen noch stärker in den negativen Bereich gehen. ■

Thomas Kubo und Beate Bockting



Mehr erfahren?

Der Aachener Geldsystem-Analytiker Helmut Creutz (1923-2017) hat 1993 ein Standardwerk verfasst, das die Entwicklungen im Wirtschafts- und Geldbereich seit Beginn unserer Wirtschaftsepoche kritisch begleitet und darlegt, warum und wodurch es zu den heutigen Problementwicklungen kommen konnte und – aufgrund einprogrammierter Fehlstrukturen in unserem Geldsystem – sogar kommen musste!

Helmut Creutz:

Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung.
Durchgesehene und ergänzte Neuausgabe.

Verlag Thomas Kubo 2018.
XVI + 432 + xlv Seiten.
ISBN 978-3-96230-002-5
Preis: 28.00 € (DE), 28.80 € (AT)

Bestellungen unter:
verlag@thomaskubo.de

»Fragen der Freiheit« online

Seit einiger Zeit sind alle Ausgaben der Zeitschrift »Fragen der Freiheit« online abrufbar.

Die Schriftenreihe des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V., Bad Boll, erschien ab 1957. Sie ist eine Fundgrube von Ideen und Anregungen zur Beurteilung und zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung.

Einen Überblick über alle bisherigen Hefte und die darin enthaltenen Beiträge vermitteln die Inhaltsverzeichnisse, die ebenfalls online stehen. Besonders hilfreich ist neben dem chronologischen Verzeichnis auch das systematische Verzeichnis, in dem nach einer vorangestellten Übersicht alle Beiträge Themengebieten zugeordnet wurden. Die Themen umfassen unter anderem Freiheit und Gerechtigkeit, Kulturwesen, Staat, Verfassung, Demokratie, Wirtschaft, Geldreform, Boden-

reform, Unternehmensverfassung, Bildungswesen und Ökologie.

Im ebenfalls vorhandenen Autorenverzeichnis finden sich die Namen der Gründungsgeneration (Lothar, Diether und Heinz-Hartmut Vogel, Friedrich Salzmann, Werner Schmid, Ernst Winkler, Otto Lautenbach, Fritz Penserot, Paul Heinrich Diehl ...) sowie der nachfolgenden Generation (Eckhard Behrens, Fritz Andres, Jobst von Heynitz, Gerhardus Lang...) neben vielen anderen.

Auf der Seite »Digitalisierte Hefte« stehen die einzelnen Hefte als PDF zum Herunterladen zur Verfügung.

Einzelne Hefte sind auch noch in Papierform erhältlich. Bestellungen per Mail, telefonisch oder per Post an:



Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35
73087 Bad Boll
mail@fragen-der-freiheit.de
Tel.: 07164 3573
www.fragen-der-freiheit.de

Neue Heimat für Nachlass von Josef Hüwe

Die freiwirtschaftliche Bibliothek von Josef Hüwe (1938-2012) hat eine neue Heimat: Das Unterguggenberger Institut e.V. im österreichischen Wörgl.

Unser verstorbener Freund und Förderer Josef Hüwe setzte sich seit den frühen 1960er Jahren für die Freiwirtschaft ein. Sie war ihm persönliches Anliegen und tief empfundene Lebensaufgabe. Im Rahmen seiner publizistischen Arbeit veröffentlichte er zahlreiche Broschüren, unzählige Diskussionsbeiträge und Artikel, u.a. in Fairconomy, in Humane Wirtschaft oder im CGW-Rundbrief, dessen Redaktion er von 1990-1993 betreute.

Nach Josefs Tod wollten wir einen Beitrag leisten, sein Lebenswerk zu würdigen und für die freiwirtschaftliche Diskussion präsent zu halten. Zu diesem Zweck haben wir seinen freiwirtschaftlichen Nachlass inventarisiert und den Katalog im Jahr 2018 als wissenschaftliches Nachschlagewerk im Selbstverlag veröffentlicht.

Zu unserer großen Freude konnten wir für Josefs nachgelassene Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Materialien jetzt auch physisch eine neue Heimat finden. Das Unterguggenberger Institut e.V. in Wörgl hat den Gesamtbestand dieser einmaligen Sammlung als Schenkung übernommen. Die Anlieferung ist dort bereits Mitte September 2020 erfolgt. Das erfüllt in geradezu idealer Weise unsere Vorstellungen von einem sowohl geschichtsträchtigen als auch zukunftsorientierten Archivierungs- und Forschungsstandort.

Der Institutsname bezieht sich auf den ehemaligen Bürgermeister Michael Unterguggenberger und das von ihm initiierte Freigeldexperiment der Jahre 1932/33, das berühmte »Wunder von Wörgl«. Das Unterguggenberger Institut e.V. bemüht sich in Zusammenarbeit mit der Chiemgauer Regionalwährung, ein Kompetenzzentrum für Währungsdesign und damit verbunden einen regulären Bildungsbetrieb in Wörgl zu errichten (laufende Informationen unter: www.unterguggenberger.org). Dort kann Josefs Nachlassbibliothek dann sachgerecht aufgebaut werden und der Öffentlichkeit für zukünftige Studienzwecke bereitstehen.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen sehr herzlich bedanken, die uns im Laufe der letzten Jahre bei unserer Sorge um den Josef Hüwe-Nachlass unterstützt haben: Bei Veronika Spielbichler vom Unterguggenberger Institut e.V. in Wörgl für ihr zugewandtes und kompetentes Management. Bei Barbara Kreyser, Josefs Witwe, für ihre Geduld und Fürsorge. Und natürlich bei allen Freundinnen und Freunden der Freiwirtschaft, die uns mit hilfreichen Tipps, guten Gedanken und freundlicher Aufmunterung immer wieder Zuversicht gaben.

In diesem Zusammenhang haben wir die Freiwirtschaft so kennen gelernt, wie sie auch



Josef Hüwe wichtig war: Als soziale Bewegung, die in wertschätzendem und solidarischem Miteinander bereits Qualitäten der von ihr angestrebten Gesellschaftsordnung vorwegnimmt.

Dafür sind wir dankbar.

Ulrike Henning-Hellmich
und Markus Henning

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft,
E-Mail: agfreiwirtschaft@gmail.com

Bericht von der Mitgliederversammlung 2020

Knapp vor dem erneuten Corona- »Lockdown light« konnte die INWO Deutschland ihre diesjährige MV abhalten. Am 31. Oktober trafen wir uns unter erschwerten Bedingungen und unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln in der Jugendherberge Düsseldorf. Erfreulicherweise konnten auch neue, junge Mitglieder in Düsseldorf begrüßt werden.

Zum ersten Mal wurde die INWO MV parallel als Online-Meeting angeboten.

Nachdem wir anfangs mit dem instabilen WLAN-Netz des Hauses zu kämpfen hatten, konnten wir uns am Vormittag bereits mit einigen online zugeschalteten Mitgliedern in informeller Runde über aktuelle Entwicklungen austauschen.

Um 11.30 Uhr startete dann die offizielle MV. Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Matthias Klimpel übernahm Klaus Willemsen die Versammlungsleitung und Thomas Kubo die Protokollführung. Beate Bockting berichtete für den Vorstand über die inhaltliche Arbeit der INWO. Die wesentlichen Punkte sind in der Präsentation »Vorstandsbericht« enthalten, die bei Interesse angefordert werden kann.

Annette Blank teilte mit, dass die INWO inzwischen ein Informationsblatt zu Spenden erstellt hat, auf dem auch Interesse an einer testamentarischen Zuwendung an den Verein angegeben werden kann.

Da die Kassenprüfer die satzungsmäßige Verwendung der Ausgaben bescheinigten, wurde der Vorstand en bloc einstimmig entlastet.

FAIRCONOMY ab 2021 nur noch 2 x jährlich

Ein Mitglied fragte nach, wie es mit einem neuen »Basisheft« der FAIRCONOMY aussieht. Im letzten Basisheft (FAIRCONOMY Dezember 2015) sind die neueren Entwicklungen in Sachen Negativzinspolitik und Grundsteuerreform noch nicht enthalten. Eine Überarbeitung bzw. Neugestaltung des Basisheftes wäre daher wünschenswert. Ein konkreter Beschluss hierzu wurde allerdings nicht gefasst. Wohl aber wurde die Entscheidung bekräftigt, die FAIRCONOMY als gedruckte Zeitschrift ab dem nächsten Jahr nur noch zwei Mal jährlich herauszugeben.

Verbesserung der Online-Angebote

Mehr Augenmerk wird die INWO hingegen auf die Verbesserung ihres Internetauftritts legen, da hierdurch potenziell weit mehr Interessenten erreicht werden können. Ergän-



zend dazu werden wir sowohl eigene Online-Meetings zu unseren Themen anbieten als auch weiterhin an Online-Konferenzen anderer Anbieter teilnehmen. Einzelne gut platzierte und formulierte Redebeiträge können dort eine beachtliche Wirkung entfalten, vor allem bei einflussreichen Konferenzteilnehmern. Ein schönes Beispiel dafür ist die Teilnahme von Felix Fuders, Miles Kimball, Dirk Lühr und Beate Bockting an einer internationalen Konferenz des Argentinischen Verbands der Wirtschaftsberater (FACPCE) zur Wirt-

e.V. (SG), zugeschaltet hatte, diskutierte die Versammlung mögliche Gründe für oder gegen eine Fusion mit der SG. Insbesondere die Möglichkeit, innerhalb der INWO ein verstärkt wissenschaftlich ausgerichtetes Organ zu etablieren, in welcher Form auch immer, wurde als wünschenswert erachtet. Ein Votum machte deutlich, dass die Fusion mit der SG fast einstimmig für sinnvoll gehalten wird. Die MV beauftragte den Vorstand mit vorbereitenden Arbeiten.

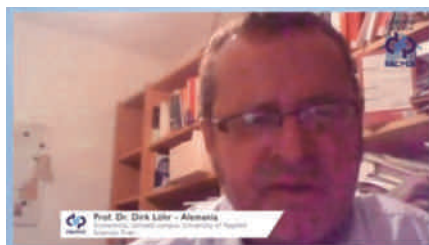
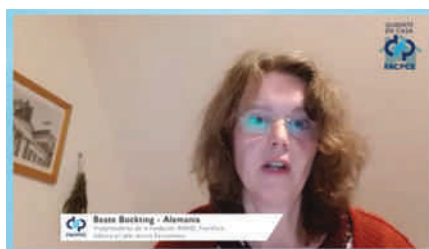
Erfolgreiche Verabschiedung der Bodenwertsteuer in BW

Dirk Lühr teilte außerdem mit, dass der Entwurf zur Bodenwertsteuerreform in Baden-Württemberg sich in der zweiten Lesung befand und die Vorstellungen der INWO wie auch »Grundsteuer: Zeitgemäß!« mit ein paar Abstrichen darin umgesetzt sind. (Anm.: Inzwischen wurde das Gesetz verabschiedet.) Die Versammlung gratulierte Dirk Lühr und den Mitstreitern von »Grundsteuer: Zeitgemäß!« zu diesem Erfolg.

Eine Nachfrage, ob für die INWO in Form von Verfassungsbeschwerden eine Handlungsmöglichkeit besteht, gegen die anderen Modelle aktiv zu werden, wurde dahingehend beantwortet, dass dafür auf Bundesebene nur geringere Chancen bestünden, aber in Bayern aufgrund der dort favorisierten Flächensteuer schon. Die Verfassungswidrigkeit sei hier eindeutiger nachzuweisen.

Ökumenischer Kirchentag 12.-16. Mai 2021

Ferner besprach die Versammlung die Teilnahme am Ökumenischen Kirchentag, der im



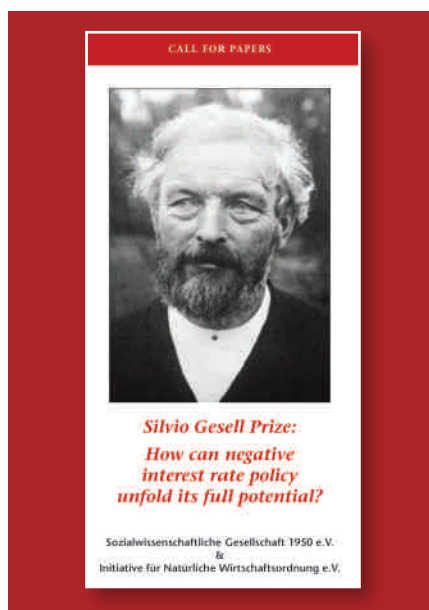
schaft in Zeiten von Corona, die durch den Leiter des Silvio-Gesell-Instituts in Villa Gesell, Carlos Louge, vermittelt wurde.

Fusion mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

Nachdem sich Dirk Lühr, 1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950

Mai 2021 in Frankfurt am Main stattfinden soll, und sah nach einiger Diskussion die Notwendigkeit, die Materialien besonders im Hinblick auf die Bodenreform und Berührungspunkte mit theologischen Aspekten zu aktualisieren. Ein Online-Vorbereitungstreffen zum Kirchentag wird stattfinden. Es wird geprüft, ob Felix Fuders einen Vortrag auf dem Kirchentag halten könnte.

Die MV prüfte, welche anderen Ziele des letzten Jahres bereits umgesetzt wurden, und wo nochmal nachgelegt werden sollte. Der Standpunkt 3: »Ein Grundeinkommen für alle – aus den Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen!« wurde aktualisiert und steht auf der Homepage. Der Standpunkt 1 zum Thema Wachstum muss noch überarbeitet werden, ebenso der Standpunkt zu Negativzinsen.



Vernetzung und Silvio-Gesell-Preis

Die im letzten Jahr vorgenommene Einführung einer cloudbasierten Lösung zur vereinsinternen Vernetzung (über NextCloud) wurde evaluiert. Die Mitglieder kommen im Wesentlichen klar, berichten aber vereinzelt von Bedienungsproblemen. Vlado Plaga erklärte sich bereit, eine Einführung zu geben.

Leider konnten die geplanten Einsteigerseminare nicht durchgeführt werden. Auch einige Konferenzen unter Mitwirkung von INWO-Mitgliedern sind Corona-bedingt ausgefallen. Thomas Kubo berichtete von einzelnen Vorträgen, wie der Public Climate School in Münster, bei attac in Goslar oder der Geldwoche der OEAD in Wien, die jeweils erfolgreich verlaufen sind.

Eine Arbeitsgruppe arbeitet an der Lancierung des Silvio-Gesell-Preises 2021.

Neu: Online-Angebot der INWO

In den letzten Monaten haben viele von uns Erfahrungen mit Online-Konferenzen und Webinaren gesammelt und festgestellt, dass so eine Vernetzung über teils weite Entfernungen auf unkomplizierte Weise möglich ist. Auch die INWO wird diese Möglichkeiten der Technik nutzen, um öffentliche Angebote bereitzustellen. Auch wir werden den Austausch und das Mitmachen für unsere Mitglieder zukünftig lebendiger gestalten!

Hiermit machen wir den Anfang:

Webinar »Bodenwertsteuer – die Steuer der Zukunft!«

mit Prof. Dr. Dirk Löhrl
(Umwelt-Campus Birkenfeld)
Zeit: Samstag, 9. Januar 2021,
15.00-17.00 Uhr

Online-Treffen für Aktive »Schaut hin – Vorbereitung Kirchentag«

mit Bernd Cremer
Zeit: Samstag, 6. Feb. 2021, 10.00-12.00 Uhr

Online-Treffen für neue und alte Mitglieder »FAIRCONOMY and me«

mit Beate Bockting und Matthias Klimpel
Zeit: Samstag, 6. März 2021,
10.00-12.00 Uhr

Webinar »Fairconomy – für eine faire Wirtschaft«

mit Prof. Dr. Felix Fuders
(Universidad Austral de Chile)
Zeit: Donnerstag, 8. April 2021,
19.00-21.00 Uhr

Die Registrierungslinks werden wir über den INWO-Newsletter versenden. Noch nicht angemeldet? Dann besuche unsere Homepage www.inwo.de/newsletter/

Wir freuen uns auf lebhafteste und spannende Diskussionen!

Felix Fuders, Beate Bockting
und Matthias Klimpel

In eigener Sache

Unsere Zeitschrift FAIRCONOMY erscheint 2021 nur noch 2 x jährlich. INWO-Mitglieder erhalten die Zeitschrift weiterhin gratis. Der Abopreis bleibt bei 10 Euro pro Jahr.

Ergänzend zu unserem gedruckten Angebot gestalten wir unsere Internetseiten aktueller und attraktiver und bieten Online-Seminare an.



Deine Spende für die Geld- und Bodenwende

Um unsere Aufgaben bewältigen zu können, freuen wir uns über Deine Spende für die Geld- und Bodenwende! Auch kleine Beträge sind willkommen.

Konto INWO e.V.: IBAN DE32 4306 0967 6010 4514 00 bei der GLS Bank
Unter www.inwo.de/spenden kannst Du auch bequem mit Paypal spenden.





Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

INWO Deutschland e.V.
 Postfach 90 02 06
 60442 Frankfurt am Main
 Tel.: 022 32 - 15 63 68
 E-Mail: mitglieder@INWO.de

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____

Name _____

Straße _____

Postleitzahl _____

Ort _____

E-Mail-Adresse
 (bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
 (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____

Beruf/Tätigkeit _____

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Mitgliederverwaltung, Wallstr. 97, 50321 Brühl.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _____

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Verantwortung übernehmen: Sicherheit neu denken

Seit dem Wahlsieg von Joe Biden in den USA steht die deutsche und europäische Sicherheitspolitik einmal mehr im Fokus. Journalisten und Politiker fordern übereinstimmend die Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP. Verantwortung sieht anders aus.

Von heute 50 Mrd. Euro soll es auf 70 Mrd. Euro pro Jahr hochgehen für unser Militär. Seit 2014 wurden unsere Rüstungsausgaben bereits von 33 Mrd. Euro pro Jahr um fast 50 % erhöht.

Es ist natürlich zu begrüßen, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will. Denn mit unserem aktuellen Lebens- und Wirtschaftsstil tragen wir wesentliche Mitverantwortung für die weltweite Klima- und die daraus folgende Migrationskrise. Zahlreiche Kriege insbesondere in Afrika und im Nahen Osten werden um Rohstoffe und die damit verbundenen Einnahmen geführt, die wir finanzieren.

Eine Fairconomy würde unsere seit Jahrzehnten viel zu hohen Exportüberschüsse dauerhaft absenken, idealerweise durch die Einführung des von John Maynard Keynes in Bretton Woods schon vorgeschlagenen Bancors, also einer jährlichen Abzinsung auf Exportüberschuss-Erlöse.

Zur Austrocknung zahlreicher Kriegs-Ökonomien könnte darüber hinaus ein Lieferkettengesetz beitragen, wie es die Initiative lieferkettengesetz.de und die Initiative sicherheitneudenken.de zur Garantie weltweiter Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards und zur Sicherstellung gewaltfreier Lieferketten fordern.

Am konsequentesten würde Kriegen durch eine Bodenreform der Boden entzogen. Würden die Einnahmen aus Rohstoffen weltweit in Form eines Grundeinkommens auf alle Menschen gerecht verteilt, entfielen die Gründe für die meisten der zurzeit noch ausgetragenen Kriege.

Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik

Die Gleichsetzung von Verantwortungsübernahme und Erhöhung unserer militärischen Verteidigungsausgaben überrascht auch deshalb, weil immer mehr wissenschaftliche Studien belegen, dass politische Ziele erfolgreicher ohne Gewalt, als mit Gewalt erreicht werden. Die Initiative sicherheitneudenken.de sammelt und verbreitet derartige Studien und setzt sich in Deutschland für einen entsprechenden Paradigmenwechsel ein.



Eine nachhaltige Sicherheitspolitik nimmt nicht nur unsere eigenen nationalen Interessen in den Blick, sondern auch die Bedürfnisse der Menschen in den Ländern, die angeblich unsere Sicherheit bedrohen.

Mit ziviler Krisenvorbeugung und frühzeitiger Konfliktbearbeitung könnten wir unsere Sicherheit nachhaltiger erhöhen als mit militärischer Aufrüstung. Wir sollten Verantwortung übernehmen durch die entschiedene Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO und der OSZE, durch eine faire Außenwirtschaftspolitik und den Aufbau einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Angesichts der realen Bedrohung der Sicherheit durch die Klimakrise, die Covid19-Pandemie sowie zunehmend gewaltsam ausgetragene Konflikte im In- und Ausland liegt der Schlüssel nachhaltiger Sicherheit zudem in der Fort- und Ausbildung gewaltfreier Konfliktbearbeitung, im internationalen Aufbau von Vertrauen und Kooperation sowie gemeinsam kontrollierter militärischer Abrüstung. Wir können unsere Sicherheitsbedrohungen weltweit nur in Kooperation miteinander bewältigen.

In diesen Zeiten am 2%-Ziel der NATO für die Bundeswehr festzuhalten, ist unverantwortlich, also das Gegenteil von Verantwortungsübernahme.

Ralf Becker

Ralf Becker koordiniert seit April 2019 im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden die bundesweite Initiative www.sicherheitneudenken.de. Er hat von 1994-1998 die Kampagne erlassjahr.de mitkonzipiert, gegründet und geleitet, die als kirchlich-zivilgesellschaftliches Bündnis 1999 einen G8-Gipfelbeschluss zur Entschuldung von Entwicklungsländern erreichte.

Von 1998 bis 2001 arbeitete er für die Studie Zukunfts-fähiges Deutschland, danach für die



Initiative Zukunft des Katholisch-Sozialen Instituts Bad Honnef. Seit 2001 engagiert Ralf Becker sich in der INWO und der CGW, war wesentlich am Aufbau der Regiogeld-Initiativen im deutschsprachigen Raum und an der Entwicklung des Club-of-Rome-Berichts »Sustainability and Money« beteiligt und wirkt aktiv im Monneta-Netzwerk mit. Von 2012 bis Mitte 2019 koordinierte er den Verein gewaltfreihandeln.org, der bundesweit Friedensfachkräfte ausbildet.

Corona: Einladung zur Sozialökologischen Transformation!

Wir können die Corona-Krise als einen weiteren Anstoß für große Veränderungen nutzen, um die multiple Überforderung in unserer modernen Welt zu überwinden. Mehr Raum für soziale und ökologische Belange kann ein Gutes Leben für alle ermöglichen.

Wir Menschen überfordern uns selbst, unsere Gesellschaft und unsere Mitwelt. Daher sollten wir uns u.a. aus der Wachstumsabhängigkeit lösen. Wir sollten als Menschheit vielmehr ein neues ressourcenleichteres und sozial ausgleichenderes Wohlstandsmodell entwickeln. Die Bedürfnisbefriedigung ist zu verschieben: von Gütern, Dienstleistungen, Lebensgewohnheiten, Geschäftsmodellen und Institutionen mit starkem Ressourcen-Verbrauch und negativen sozialen Wirkungen zu solchen, die die Naturgüter schonen und positive soziale Wirkungen haben. Eine erste orientierende bildliche Darstellung des sinnvoll »nutzbaren Korridors« ist die »Donut-Ökonomie« (Raworth 2017).

Innehalten in der Corona-Pandemie

Seit Anfang dieses Jahres machten und machen uns Covid-19 und die entsprechenden Schutzmaßnahmen diese Überforderung deutlich spürbar. Wie eine Krankheit erst im Urlaub sichtbar wird, weil ihre Symptome erst dann auftreten, wenn der Stress abnimmt und der Kortisolspiegel sinkt, wurden uns durch den Corona-bedingten Stillstand die Krankheitsanzeichen unseres gestressten Lebens deutlich. In verschiedenen Bereichen wurden Routinen aufgebrochen (Allmendinger und Wetzel 2020). Wir waren stärker als sonst mit uns selbst und unserem Lebenssinn konfrontiert. Mehrfach wurde von einem Lupeneffekt gesprochen, und andere sehen in der Stillstandsphase auch eine gesamtgesellschaftliche Visionssuche (Loeptin zit. in Maschkowski 2020). Ob Corona Brandbeschleunigerin für eine weitere Überforderung oder Katalysatorin für das Gute Leben ist, das hängt von uns allen ab. Wird nach Corona wie vor Corona sein, nur mit Mundschutz und Abstand? Neu und intensiv werden Begriffe diskutiert, die unsere Werte und die Grundprinzipien unseres Zusammenlebens wiedergeben, teilweise mit (scheinbar) widersprüchlichen Ansätzen: Freiheit – Regeln; Resilienz – Effizienz; Systemrelevanz von Berufsgruppen – Lebensrelevanz; Inklusion – Exklusion; Verantwortung der Einzelnen – Gemeinschaft, Solidarität; Staat – Markt, Privatwirtschaft und

zivilgesellschaftliches Engagement; Verletzlichkeit – Gestaltungsmacht des Menschen; Mensch – Natur; Hoffnungen auf tiefgreifenden Wandel – Angst um die Sicherung des Vor-Corona-Status u.v.a.

Ziele der Sozialökologischen Transformation

Die Ziele der Sozialökologischen Transformation (siehe zum Beispiel Schmelzer und Vetter 2019) sind:

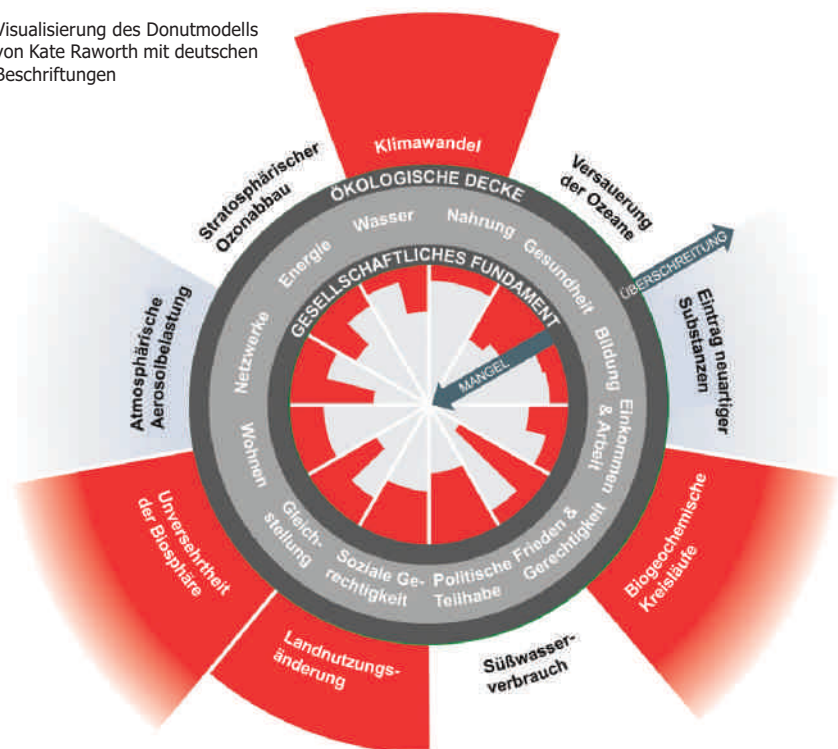
- globale intra- und intergenerationale Gerechtigkeit

Grundüberlegungen

Aus meiner Sicht ist grundsätzlich Folgendes zu beachten:

1. Für einen Wandel weg von der mehrfachen Überforderung brauchen wir dazu einen systemischen, ganzheitlichen Ansatz. Wirkungsvoll sind letztlich nur Kombinationen von Maßnahmen. Die großen Ziele sollten sofern möglich sogar auf mehreren parallelen Wegen beschritten werden, ohne sich dabei gegenseitig zu bekämpfen.
2. Zugleich dürfte aber auch hier das Pareto-Prinzip (»80/20-Regel«) gelten: Nicht alle

Visualisierung des Donutmodells von Kate Raworth mit deutschen Beschriftungen



Wikipedia, Urheber: Apfelsamen, Datum: 16.08.2018

- ein gutes Leben für alle bald 8 Milliarden (2023) oder »demnächst« 10 Milliarden Menschen (nach 2050)
- schrittweise und zugleich ausreichend schnelle Umgestaltung der sozioökonomischen Institutionen (übergeordnete Strategie: »radikaler Inkrementalismus«, Göpel 2016)

Maßnahmen tragen gleich viel zur Veränderung bei. Daher sind im Interesse größtmöglicher Wirkung der eigenen Kräfte auch hier wieder Prioritäten zu setzen. Genauer zu erkennen ist, welche Maßnahmen grundlegend sind und welche auf anderen aufbauen bzw. wiederum Voraussetzung für

weitere sind und welche nur in Kombination erfolgen können.

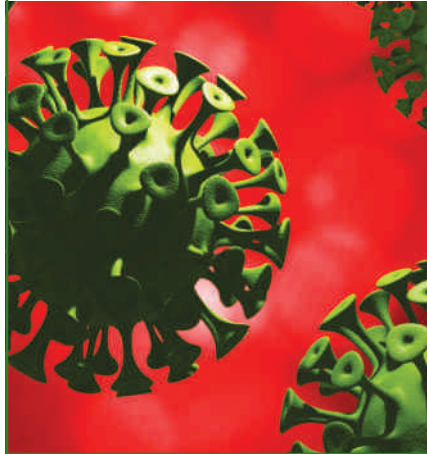
3. Es gibt Ansätze mit unterschiedlichen Reformatiefen, d.h. auch mit unterschiedlicher »Radikalität«: Beispielsweise ist Divestment sehr wichtig, aber »lediglich« das Umschichten von Investitionen. Daneben kennen wir auch Vorschläge zur völligen Neukonstruktion des Geldes. Und es werden sogar ernstzunehmende Überlegungen zu einer grundsätzlichen Veränderung des »Gebens und Nehmens« angestellt.
4. Einige Vorschläge sind in den »Transformationsszenen« schon weit verbreitet, andere nicht, einige werden ausprobiert, andere noch nicht. Das Feld ist unübersichtlich und bedarf daher auch einer systematischen, möglichst ideologiefreien (d.h. vor allem selbstreflektierten und selbsteinordnenden) Beschreibung der bestehenden Ansätze für Geldreformen und für Reformen im Umgang mit gemeinschaftlich zu bewirtschaftenden Ressourcen (darunter eben auch der Boden). Der Autor setzt sich seit einigen Jahren in seinem Umfeld dafür ein (Kreft 2016).
5. Die Vorschläge aus der Geld- und Bodenreformenszene sind leider erst wenigen bekannt. Das hat auch etwas damit zu tun, dass »Geld als Gegenstand unseres Verstehens so schwer zu begreifen ist« (nach Mehrling 2015).
6. In allen involvierten Teilbereichen und Aktionsfeldern gibt es ausgezeichnete Expertinnen und Experten, so dass es auch eine Frage geschickten querschnittsorientierten Wissensmanagements sein wird, wie sich die volle kombinierte Wirkung vorhandener Expertise entfalten lässt. Und an allen Ansätzen und Strategien arbeiten überall auf der Welt bereits viele Menschen auch ganz praktisch!

Strategien und Maßnahmen-vorschläge zur Transformation

Eine Reihe von Denkweisen, Ansätzen, Strategien, Methoden und Instrumenten werden für den notwendigen tiefgreifenden Wandel gebraucht. Überblickshaft nenne ich diejenigen strategischen Ansätze, die mir zurzeit am bedeutendsten erscheinen. Mir ist es wichtig, dabei auch einige der Autorinnen und Autoren zu nennen, die mir in den jeweiligen Zusammenhängen aufgefallen sind:

- Wir sollten sowohl unsere individuelle wie auch unsere gesellschaftliche Haltung zu materiellem Wohlstand überdenken. Insbesondere brauchen wir eine andere Einstellung zur (vermeintlichen) Notwendigkeit eines stetigen Mehr. Mehr materieller Wohlstand macht ab einem bestimmten Maß eben nicht glücklicher. Was ist Askese? Was ist Verschwendung? Und wo fängt das Gute Leben an?

»Ob Corona Brandbeschleunigerin für eine weitere Überforderung oder Katalysatorin für das Gute Leben ist, das hängt von uns allen ab.«



- Ferner sollten wir klären, wo wir Leistungs-, Bedarfs- und egalitäre Gerechtigkeit brauchen. Diese Maßstäbe bestimmen in ihrer Kombination sehr stark darüber, wie wir das Geben und Nehmen in unserer Gesellschaft gestalten wollen. Habe ich von Geburt vielleicht sogar ein Recht auf Lebensunterhalt? In welchem Umfang? Wofür sind evtl. zusätzliche Leistungsanreize gut? In welchen Bereichen macht eine egalitäre Gleichheit Sinn?
- Kompensationskonsum sollten wir vermeiden. Also Abkehr von einem Mangel- und entsprechendem Ausgleichsdenken. Das kann gelingen durch das Bewusstmachen von u.a. (Selbst-)Anerkennungsdefiziten und durch Stärken von Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Sinngebung und Solidarität (Hunecke 2013), außerdem hilft mehr Ambiguitätstoleranz. Wir brauchen eine materielle und geistig-seelische Grundgeborgenheit für alle Menschen. Damit lösen wir entsprechende Grundängste und Antriebe weitgehend auf.
- In Verbindung damit würde sich auch unser Zeitverständnis ändern: Auch hier würden wir uns vom (Zeit-)Mangel abkehren und lernen (Zeit-)Wohlstand wahrzunehmen.
- Die Steuerungsinstrumente der Politik müssen diese neue Ausrichtung abbilden: Wohlstand/Wohlergehen sowie Lebensqualität sind auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene anders zu messen: Das Brutto-

sozialprodukt als Messgröße ist zu ergänzen, umzubauen oder anders zu nutzen (Deutscher Bundestag 2013, Böll-Stiftung 2017).

- Dazu passend könnte beispielsweise die »Börse vor acht« in der ARD mindestens um Angaben zur Lebensqualität ergänzt werden. Das führt zu der Frage, welche Rolle »die Medien« und gerade diejenigen mit besonders großer Reichweite spielen können und sollten, auch angesichts der Tatsache, dass grundsätzlich jeder Mensch, der das Internet zu bedienen vermag, mittlerweile seine Botschaften weltweit versenden kann.
- Kommerzialisierungs- bzw. Kommodifizierungsprozesse (Prozesse des Zur-Ware-Machens) sollten wir bremsen, wo immer es geht. Noch weitergehend: Dekommodifizierung bedeutet auch ein »Entlernen« (deschooling) unserer alten Muster. Die Instrumentalisierung von Menschen und die Verwertung bzw. Ausbeutung von Dingen, »die sich nicht wehren können«, muss radikal runtergefahren werden.
- Wir brauchen eine grundsätzlich andere Grundierung unseres Denkens und Fühlens, ein anderes ökonomisches Paradigma (Göpel 2016). Daher brauchen wir mehr von einer Beitragsökonomie, als (noch mehr) von einer Tauschökonomie (ja, in diesem Sinn auch weniger Marktwirtschaft!), vielleicht sogar bis hin zu gezielter »Verschwendung« von erwirtschaftetem Mehrwert durch gemeinsames Feiern, was einem Investieren in immaterielle Werte wie Beziehungen gleichkommt (»Sozialkapital«).
- Eine große Gefahr liegt in ungebremsten Macht- und Material-Akkumulationen (die Grundidee des Kapitalismus). Die sind zu vermeiden bzw. schneller wieder abzubauen. Wir brauchen negative Rückkopplungen für Einkommen, Eigentum, Erbschaften, Unternehmensgröße (siehe Felber 2018).
- Die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit ist zu lockern. Nicht über den Markt organisierte Tätigkeiten wie Pflege, Versorgung etc. sind aufzuwerten. Wir brauchen die Vision einer »Tätigkeitsgesellschaft« und für deren Umsetzung eine Verringerung der Erwerbsarbeitszeit.
- Gewinne und Verluste, Chancen und Risiken durch wirtschaftliche Tätigkeit müssen einander besser zugerechnet werden: Keine Privatisierung der Gewinne bei Sozialisierung der Kosten. Die Internalisierung externer Kosten muss deutlich voranschreiten, etwa durch eine angemessene Bepreisung klimarelevanter Emissionen.
- Sobald die genannten Anregungen greifen würden, führte dies sicher auch zu einer Re-Regionalisierung der Wertschöpfung mit allen ihren Vorteilen, insbesondere größere

»Menschen brauchen mehr Wissen über und ein gutes Gespür für alle Dimensionen gesellschaftlicher Veränderungsprozesse«

Transparenz der Wertschöpfungsketten, mehr Verantwortungsgefühl aller Beteiligten für die Produktion, weniger Rohstoffverbrauch und geringere Emissionen.

- Insbesondere die wirtschaftswissenschaftliche Bildung muss weiter pluralisiert, diversifiziert und stärker ethisch fundiert werden (Netzwerk Plurale Ökonomik 2020). Dazu gehört auch: 1. Anerkennen des performativen Charakters von Theorien und Konzepten: Auch bereits mit Erklärungen für das Geschehen in der Welt nehmen wir Einfluss auf unser Handeln, wodurch wiederum die Welt verändert wird. Wenn wir den Menschen als reinen Egoisten postulieren, dann kann es leider sein, dass sich viele schon deswegen auch tatsächlich so verhalten. Wir brauchen also mehr Bewusstsein dafür, dass Begriffe, Konzepte, Modelle, Bilder und Geschichten, die wir verwenden, unsere eigenen Werte, Haltungen und Menschenbilder vermitteln und dadurch wirksam darin sind, eine neue Realität zu erschaffen. 2. Anerkennen des normativen Charakters von Theorien und Konzepten: Es gibt keine absolute Neutralität, jede Deutung der Wirklichkeit basiert auf einem normativen Rahmen. Diesen sollte jede/r für sich erkennen und benennen. 3. Ablösung des methodologischen Individualismus durch andere Konzepte: Gesellschaftliches Handeln erklärt sich nicht allein durch die Gesetzmäßigkeiten, die auf der individuellen Ebene bekannt sind. Gesellschaft ist mehr als die Summe ihrer Individuen. 4. Aufnehmen der Präferenzbildungsprozesse in die Theoriebil-

»Ziel der Sozialökologischen Transformation ist ein gutes Leben für alle bald 8 Milliarden Erdbewohner.«

dung: Wie sich unsere Präferenzen (d.h. die normative Rahmung für unser wirtschaftliches Handeln) verändern, wie Wertewandel stattfindet, können die Wirtschaftswissenschaften nicht erklären. Dafür sind andere Wissenschaften zuständig (Schneidewind u.a. 2016 und 2017).

- Das alles geht nur mit einer stärkeren Mitwirkung von Menschen an sämtlichen Entscheidungen auf allen politischen Ebenen (z.B. Bürger*innenräte, <https://www.buergerrat.de>). Beispielsweise sind neue Organisationsmodelle in Unternehmen zu fördern, die freies, selbstbestimmtes und solidarisches Mitbestimmen und Handeln unterstützen (siehe auch Laloux 2015).
- Mit Kreativität ist es möglich, andere Per-

perimente: mehr Lernorte, Ermöglichungsräume, »Zukunftsschutzgebiete zum Warten und Wachsenlassen« (und wenn diese sogar beforscht werden: Reallabore), siehe auch Schmid, Schulz und Weck 2020.

- Die grundsätzliche Andersartigkeit (»Radikalität«) der neuen Vision (des neuen Paradigmas) muss mit einem schrittweisen, möglichst berechenbaren, ko-evolutiv verstandenen Vorgehen ermöglicht werden (»Radikaler Inkrementalismus«, Göpel 2016).
- Dazu brauchen möglichst viele Menschen mehr Wissen über und ein gutes Gespür für alle Dimensionen (seelische, soziale, wirtschaftliche, ökologische u.a.) gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, damit



Wird nach Corona wie vor Corona sein, nur mit Mundschutz und Abstand?

spektiven auf die Dinge einzunehmen, um die Welt um uns herum anders und neu wahrzunehmen. (Sozial-)Kunst kann helfen, die erstarrten Verhältnisse weiter aufzubrechen. Wir können Gegenstände, Abläufe, Beziehungen, Begriffe u.a. anders gestalten als bisher und damit Pfadabhängigkeiten überwinden (siehe auch Sommer und Welzer 2017, Schneidewind und Mitarbeiter*innen 2019). Wenn wir öfter Stille, Leere oder auch Langeweile wirklich zulassen und genauer hinhören und hinschauen, tauchen vielleicht Impulse auf, die Neues ermöglichen und den gewünschten Wandel unterstützen.

- Um das Neue (insbes. Verhaltensmuster, Arbeitsformen, Wirtschaftsweisen und Lernmethoden) leichter zu entwickeln, auszuprobieren und einzuüben, brauchen wir erheblich mehr lokale und regionale Expe-

diese gut begleitet und besser noch: positiv beeinflusst werden können.

- Machen wir uns daher auch klar, dass wir alle mit dem, was wir sagen und tun, zur Evolution unserer Werte und unseres (gesamtgesellschaftlichen) Bewusstseins beitragen (siehe auch »Kraftquellen«: Raworth 2018).

Die aktuelle Corona-Pandemie bringt neben Leid und Not durch die Kontaktbeschränkungen zum Schutz der Bevölkerung viel Unsicherheit, weil offenbar niemand von uns sich die Frage beantworten kann, was in welcher Situation nun genau »das Richtige« ist. Krisenzeiten wie diese bieten aber auch die Chance zu einer Progression im Wandel unserer Haltungen. Regressionen sind aber leider auch immer möglich.

Holger Kreft

Literatur:

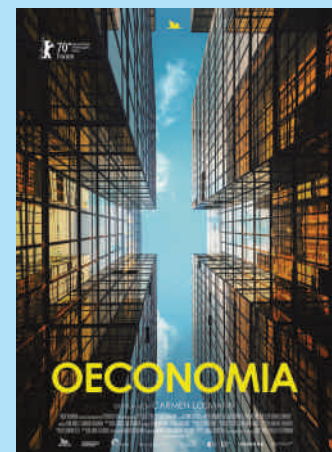
- Allmendinger, Jutta und Wetzel, Jan (2020): *Vertrauen hält eine Gesellschaft zusammen*. Gastkommentar Neue Zürcher Zeitung, online, 28.05.2020. <https://www.nzz.ch/meinung/vertrauen-haelt-eine-gesellschaft-zusammen-ld.1558190>
- Böll-Stiftung (2017): *Als Wohlstandsindikator ist das BIP zu eng. Naturkapital zu messen, erlaubt einen differenzierteren Blick auf den Zustand einer Volkswirtschaft*. Heinrich-Böll-Stiftung, online. <https://www.boell.de/de/2017/07/09/das-bruttoinlandsprodukt-ist-als-wohlstandsindikator-zu-eng-naturkapital-zu-messen-und>
- Deutscher Bundestag (2013): *Enquete empfiehlt neue Indikatoren für Lebensqualität*, 15.04.2013. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/44090234_kw16_pa_enquete_wachstum-211892
- Felber, Christian (2018): *Vergleichende Übersicht: Donut-Ökonomie – Gemeinwohl-Ökonomie*. <https://web.ecogood.org/de/menu-header/blog/vergleichende-ubersicht-donut-okonomie-gemeinwohl-okonomie/>
- Göpel, Maja (2016): *The Great Mindshift. How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations go Hand in Hand*. <https://link.springer.com/book/10.1007%2F978-3-319-43766-8>
- Hunecke, Marcel (2016): *Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften nach Marcel Hunecke. Hintergrundmaterial für die Anleitenden*. (Bildungsmaterialien für eine sozial-ökologische Transformation) https://www.endlich-wachstum.de/wp-content/uploads/2016/02/10_Arbeitsmaterial_Mehr-Sein-als-Haben.pdf
- Kreft, Holger (2016): *Von der Knappheit in die Fülle. Ein anderes Zukunftsbild des Wirtschaftens*. Der erste Fachworkshop des Lernortes Wuppertal 19.-21.02.2016, Humane Wirtschaft 02/2016. https://humane-wirtschaft.de/2016_02/HW_2016_02_S26-30.pdf
- Laloux, Frédéric (2015): *Reinventing Organizations. Ein Leitfaden zur Gestaltung sinnstiftender Formen der Zusammenarbeit*. <https://www.reinventingorganizations.com/>
- Maschkowski, Gesa (2020): *Corona: Spüren was wichtig ist – für uns und unsere Stadt*. 26. März 2020. <https://bonnimwandel.de/corona-spueren-was-wichtig-ist/>
- Mehrling, Perry G. (2015): *Why is money difficult?* <http://sites.bu.edu/perry/2015/06/08/why-is-money-difficult/>
- Netzwerk Plurale Ökonomik (2020): *Impulse für eine zukunftsfähige ökonomische Lehre*. <https://www.plurale-oekonomik.de/projekte/impulspapier/>
- Permantier, Martin (2020): *Haltung entscheidet: Führung & Unternehmenskultur zukunftsfähig gestalten*. Poster zum Buch: <https://www.haltung-entscheidet.de/poster-haltung-entscheidet-2/>
- Raworth, Kate (2017): *What on Earth is the Doughnut?...* <https://www.kateraworth.com/doughnut/>
- Schmelzer, Matthias und Vetter, Andrea (2019): *Degrowth / Postwachstum zur Einführung*. <https://www.junius-verlag.de/Programm/Degrowth-Postwachstum-zur-Einfuehrung.html>
- Schmid, Benedikt; Schulz, Christian und Weck, Sabine (2020): *Postwachstum und Raumentwicklung. Keimzellen für die Transformation*. in: *Möglichkeitsräume. Raumplanung im Zeichen des Postwachstums*. politische ökologie, Heft 01/2020 Bd. 160. S. 19-26. <https://www.oekom.de/ausgabe/moeglichkeitsraeume-80750?p=1>
- Schneidewind, Uwe u.a. (2016): *Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Ökologisches Wirtschaften online*. <https://oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/1484>
- Schneidewind, Uwe (2017): *Von der Reparatur-Ökonomie zur Orientierungswissenschaft*. Wirtschaftsdienst, Zeitgespräch, S. 246-249, 97. Jg. April 2017. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2017/heft/4/beitrag/expertenwissen-im-politischen-prozess-nutzen-grenzen-und-gefahren.html>
- Schneidewind, Uwe und Mitarbeiter*innen (2019): *Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels*. <https://www.zukunftskunst.eu/>
- Sommer, Bernd und Welzer, Harald (2017): *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. <https://www.oekom.de/buch/transformatiionsdesign-9783865818454?p=1>

OECONOMIA

Ein Dokumentarfilm von Carmen Losmann

Unser Wirtschaftssystem hat sich unsichtbar gemacht und entzieht sich dem Verstehen. In den letzten Jahren blieb uns oft nicht viel mehr als ein diffuses und unbefriedigendes Gefühl, dass irgendetwas schief läuft. Aber was?

Der Dokumentarfilm OECONOMIA legt die Spielregeln des Kapitalismus offen und macht in episodischer Erzählstruktur sichtbar, dass die Wirtschaft nur dann wächst, dass Gewinne nur dann möglich sind, wenn wir uns verschulden. Jenseits von distanzierten Phrasen der Berichterstattung, die ein Verstehen des Ungeheuerlichen letztlich immer wieder verunmöglichen, macht sich OECONOMIA mit viel Scharfsinn und luzider Stringenz daran, den Kapitalismus der Gegenwart zu durchleuchten. Erkennbar wird ein Nullsummenspiel, das uns und unsere ganze Welt in die Logik einer endlos fortwährenden Kapitalvermehrung einspannt – koste es was es wolle. Ein Spiel, das bis zur totalen Erschöpfung gespielt wird und vielleicht kurz vor seinem Ende steht.



Mit ihrem preisgekrönten Dokumentarfilm »Work Hard – Play Hard« setzte die Regisseurin Carmen Losmann sich mit den Wirkungen des modernen Human Resource Managements auseinander. Mit OECONOMIA, der auf der Berlinale 2020 seine Premiere feierte und von der Kritik hoch gelobt wurde, setzte sie ihre eindringlichen Recherchen zu den zerstörerischen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems fort und öffnet den Blick jenseits der gängigen Erklärungsmuster und Dogmen auf den Nucleus eines hochexplosiven Systems: Der Schuldner als zentraler Akteur. – Ein Film von brennender Aktualität. Der Film startete am 15. Oktober in den Kinos, wird aber später auch auf 3SAT zu sehen sein. Im Internet: oeconomia-film.de

Die Umwandlung der Privatgrundrente in Volkseinkommen

Silvio Gesell beschrieb es in »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« 1916: Der Staat geht kein Risiko ein, wenn er den Boden aufkauft und die privaten Eigentümer durch verzinste Staatsanleihen entschädigt. Ein Anlageobjekt, dessen Zeit gekommen ist?



Das Verhältnis von Staat und Privatgrundbesitz heute:
Dem Staate die Nieten – dem Grundbesitzer die Gewinne.

Unter Freiland ist die Rückführung des Privatgrundbesitzes in den Gemeinbesitz (Staat) unter Aufrechterhaltung der privaten Bewirtschaftung zu verstehen. Es handelt sich also nicht um Verstaatlichung der Landwirtschaft, sondern nur um Verstaatlichung des Bodens, der Grundrente.

Die Grundbesitzer sollen auch entschädigt werden. Auf dem Wege des gewöhnlichen Enteignungsverfahrens soll der gesamte Privatgrundbesitz einschließlich der Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Wälder usw. aufgehoben und sollen die Besitzer bezahlt werden. Es handelt sich also auch nicht um eine Beraubung der Grundbesitzer zugunsten der anderen Bürger.

Die Finanzen der Bodenverstaatlichung

Also der Staat kauft den gesamten Privatgrundbesitz auf, und zwar Ackerboden, Wald, Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Kiesgruben, kurz alles. Der Staat bezahlt auch das Gekaufte, er entschädigt die Grundbesitzer, er beraubt niemand.

Der zu bezahlende Preis richtet sich nach dem Pachtzins, den das Grundstück bisher einbrachte oder einbringen würde. Der ermittelte Pachtzins wird dann zum Zinsfuß der Pfandbriefe kapitalisiert und der Betrag den Grundbesitzern in verzinlichen Titeln der Reichsanleihe ausbezahlt. Kein Pfennig mehr noch weniger.

Wie kann aber der Staat solche gewaltigen Summen verzinzen? Antwort: Mit dem Pachtzins des Bodens, der ja nunmehr in die Staatskasse fließt. Dieser Ertrag entspricht der Summe der zu zahlenden Zinsen, kein Pfennig mehr, kein Pfennig weniger, da ja die Schulden die kapitalisierte Grundrente des Bodens darstellen.

Angenommen der Boden bringt jährlich 5 Milliarden an Pacht ein, dann hat der Staat

als Entschädigung bezahlt bei einem Zinsfuß von 4 %: $5.000.000.000 \times 100 : 4 = 125$ Milliarden. Diese Summe zum gleichen Fuß verzinst gibt aber auch 5 Milliarden. Also Soll = Haben.

Vor der Größe dieser Zahlen braucht niemand zu erschrecken. Die Größe des »Soll« mißt man mit dem »Haben«. An sich ist nichts groß noch klein. ... Dem großen »Soll« wird ein gleich großes »Haben« entsprechen. Es wäre darum auch völlig überflüssig, eine Berechnung dieser Summe im voraus vorzunehmen; diese Frage interessiert höchstens den Papierfabrikanten, der die Titel der Schulden zu liefern hat. Sind es 100 Milliarden, gut; sind es 500 Milliarden, auch gut. Es ist für die Finanzen des Reichs nichts als ein Durchgangsposten. Diese Milliarden werden durch die Staatskassen pilgern, ohne Spuren zu hinterlassen. Erschrickt denn ein Bankier, dem man ein Vermögen in Verwahrung gibt? Erschrickt der Präsident der Reichsbank vor den Riesensummen, die durch sein – Tintenfaß – gehen? Ich wette der Direktor der Reichsbank schläft ebenso gut wie der Direktor der Bank von Helgoland. Sind denn etwa die Schulden des preußischen Staates drückender geworden,

»Die Steuerkraft des Volkes steht immer im umgekehrten Verhältnis zur Kraft der Rentiers.«

seitdem dort mit Schuldscheinen die Eisenbahnen gekauft wurden?

Gewiß, die Einwendung ist berechtigt, daß mit der Übernahme der Bodenverstaatlichungsschuld ein Risiko verbunden ist, insofern, als die Höhe der Grundpachten von schwankenden Elementen der Volkswirtschaft (Zölle, Eisenbahntarif, Löhne, Währung) bestimmt wird, während die Zinsen der Schulden, wie auch die Schuld an sich, auf dem Papier festgesetzt sind.

Das ist wahr, aber betrachten wir uns doch einmal diese schwankenden Elemente der Grundpacht vom Standpunkt der Grundbesitzer selber. Wie haben sich denn die Grundbesitzer bisher gegen einen Rückgang der Grundrenten gewehrt? Haben sie sich nicht immer in solchen Fällen um Hilfe an den Staat

dem Grundbesitz verbundene Risiko gutwillig oder zwangsweise auf sich nahm. Das Risiko, das von so einer breiten und ausschlaggebenden Volksklasse, wie die der Grundbesitzer, getragen wird, ist praktisch gleichbedeutend mit einem fiskalischen Risiko. Mit der Bodenverstaatlichung würden sich die Verhältnisse nur insofern ändern, als nun dem Staate als Entgelt für das Risiko auch die Gewinnmöglichkeiten zufallen würden.

Übrigens liegt, volkswirtschaftlich betrachtet, im Rückgang der Grundrenten überhaupt kein Risiko; selbst der vollkommene Wegfall der Grundrenten wäre volkswirtschaftlich betrachtet kein Verlust. Dem Steuerzahler, der mit seiner Arbeit neben den Steuern heute noch die Grundrenten aufzubringen hat, kann, wenn die Grundrenten wegfielen, der Staat

Boden: Vorkaufsrecht für Kommunen stärken

Immer noch verkaufen Staat, Länder und Kommunen öffentliche Grundstücke an privat, um so die Löcher in ihren Kassen zu stopfen. Später muss die öffentliche Hand oft von privat zurückpachten und zahlt so letzten Endes mehr, als sie mit dem Verkauf einzusparen gedachte. Damit muss Schluss sein!

Die niedrigen Zinsen sollten genutzt werden, um Boden wieder in die öffentliche Hand zu bringen. Die spekulativen Preisüberhöhungen der letzten Jahre müssen dabei nicht mitgemacht werden. Die Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht schlägt beispielsweise vor, den Preis am Ertragswert des Grundstücks bei sozialer Nutzung zu orientieren. Kommunale Bodenfonds könnten Grundstücke systematisch ankaufen und entwickeln. Auf diesem Wege könnte auch die Verödung vieler Innenstädte bekämpft werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt fest: »Eine gemeinwohlorientierte, sozial-ökologische Flächennutzung lässt sich auf öffentlichen Grundstücken effektiver umsetzen«, und plädiert u.a. dafür, die Vorkaufsrechte der Kommunen zu stärken.

Man kann fragen, wie nachhaltig es gewesen wäre, wenn die Großstädte nach der Finanzkrise zu den damals noch niedrigen Preisen in größerem Stil Bauland angekauft hätten. Es wären bei den Kommunen Vermögenswerte entstanden, mit denen sie die nun anstehenden großen Herausforderungen wie die Neuschaffung preiswerten Wohnraumes, die Bereitstellung von ausreichenden sozialen, grünen und technischen Infrastrukturen hätten gegenfinanzieren können.² Ein besseres kommunales Bodenmanagement hätte auch stärkere preisdämpfende Wirkungen entfalten können.

Aus dieser rückblickenden Betrachtung lernend sollten wir unsere Kommunen jetzt zukunftsfähig aufstellen. Städte und Gemeinden müssen für Bürgerinnen und Bürger attraktiv bleiben und Gestaltungsspielräume für ein gemeinwohlorientiertes, soziales und ökologisch verantwortliches Leben bieten.

- 1 DGB-Positionspapier zur Bodenpolitik vom 12.02.2020.
- 2 Vgl. Guido Spars: Ein Bodenfonds muss her! Unter: www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2018/3_2018/FWS_Nr_3_2018_Spars_Ein_Bodenfonds_muss_her_.pdf



Boden in öffentlicher Hand ermöglicht private Nutzung durch Erbpacht, bei gleichzeitiger Abschöpfung der Gewinne (Bodenrenten) durch die öffentlichen Kassen.

gewandt, und die ganze Last ihrer Not auf denselben Staat abgewälzt, den sie jetzt gegen genanntes Risiko in Schutz nehmen wollen – wobei sie natürlich zu erwähnen unterlassen, daß, wo ein Risiko ist, in der Regel auch eine entsprechende Gewinnmöglichkeit ist und daß sie selbst zwar das Risiko auf den Staat abzuwälzen pflegen, die Gewinne aber immer restlos für sich beanspruchen. Die Rolle, die der Staat dem Privatgrundbesitz gegenüber gespielt hat, ist bislang immer die eines Nietenziehers bei Lotterien gewesen. Dem Staate die Nieten – dem Grundbesitzer die Gewinne. Tatsache ist, daß, so oft auch die Grundrenten in die Höhe gingen, die Rentner doch nie den Vorschlag gemacht haben, dem Staat zurückzuerstatten, was sie in Zeiten der Not von ihm erhielten. ... Immer ist es also der Staat, das Volk gewesen, das das mit

entsprechend mehr Steuern aufbürden. Die Steuerkraft des Volkes steht immer im umgekehrten Verhältnis zur Kraft der Rentner [gemeint sind hier Rentiers, die leistungslose Einnahmen aus Bodeneigentum oder Geldkapital privat einstreichen, d. Red.].

... Unmittelbar gewinnt und verliert also niemand durch den Rückkauf des Grundbesitzes. Der Grundbesitzer zieht aus den Staatspapieren an Zins, was er früher an Rente aus dem Grundbesitz zog, und der Staat zieht an Grundrente aus dem Grundbesitz das, was er an Zins für die Staatspapiere zahlen muss.

Der bare Gewinn für den Staat erwächst erst aus der allmählichen Tilgung der Schuld mit Hilfe der ... Geldreform.

aus: Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Les Hauts Geneveys 1916. 1. Teil: Freiland, Kap. 17 und 18.

Daniel Stelter: Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2020, 217 S., 18,95 €, ISBN: 978-3-593-51321-8

Daniel Stelter hat sich mit seinem Wirtschaftsblog »(Think) beyond the obvious« (»Denke über das Offensichtliche hinaus«), kurz bto, seit 2013 einen Namen gemacht. Der Ökonom promovierte von 1988 bis 1990 am Lehrstuhl von Fredmund Malik in St. Gallen mit einer Dissertation zum Thema Deflationäre Depression, bevor er bei der Boston Consulting Group Karriere machte und es dort zum Mitglied des weltweiten Executive Committee brachte.



Stelters unkonventioneller Blick unter die Oberfläche macht ihn zu einem interessanten Kommentator der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen, mit zahlreichen Veröffentlichungen und Gastbeiträgen in führenden Wirtschaftsmedien. Bereits im Mai legte Stelter mit »Coronomics« seine Sicht auf das (nicht nur am Virus krankende) kriselnde Finanzsystem dar.

Die fundamentalen Probleme der Eurozone sieht Stelter insbesondere hierin (S. 95):

- Die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer driftet immer weiter auseinander. Die Einführung des Euro hat keine Konvergenz bewirkt: »Starke Länder werden immer stärker ..., schwache immer schwächer.« Wie schon bei der lateinischen Münzunion von 1865 müsse man feststellen, dass sich heterogene Staaten mit nationaler Souveränität nicht über ein Geldsystem integrieren ließen.
- Die Schulden bleiben weiterhin auf einem zu hohen Niveau. Bei einer bald schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und geringer Produktivitätsfortschritte sind weitere Krisen vorgeplant.

Altschuldenfonds

Um das Schuldenproblem effektiver anzugehen, schlägt Stelter vor, Altschulden bis zu einem bestimmten Wert des BIP in einem gemeinsamen Schuldentilgungsfonds zu bündeln. Konkret: Die EU könnte alte Schulden der Mitgliedsstaaten übernehmen. Diese würden dann von der EZB mit ewigen, zinsfreien Anleihen refinanziert.

Diesen Altschuldenfonds denkt der Autor sich konkret folgendermaßen: Die Staaten einigen sich auf einen Eurobetrag an zu »sozialisierenden Schulden« (Stelters Vorschlag: 75% des jeweiligen BIP von 2019). Jeder Staat überträgt Schulden in dieser Höhe auf den EU-Schuldenfonds. Dieser übernimmt damit die Verpflichtungen der Staaten. Immer dann, wenn die übertragenen Staatsanleihen fällig werden, wird die Tilgung durch die Ausgabe neuer Anleihen des Schuldenfonds finanziert, die – da direkte Staatsfinanzierung verboten ist – über den Umweg über Geschäftsbanken von der EZB aufgekauft werden. Damit würden sich die Anleihekäufe der EZB von bis dato 2,5 Billionen um netto nochmals 6,2 Billionen Euro erhöhen. Die Forderungen der EZB gegenüber dem Schuldentilgungsfonds würden über 100 Jahre gestreckt und zinsfrei gestellt. Perspektivisch könnte die EZB sogar ganz auf die Einlösung verzichten, da Notenbanken theoretisch auch negatives Eigenkapital ausweisen könnten.

Auf diesem Wege verschwänden alte Verpflichtungen der Staaten gegenüber dem Privatsektor und die Staatsverschuldung der einzelnen EU-Staaten würde um 75% des aktuellen BIP auf tragfähigere Quoten sinken. »Der Vorteil liegt auf der Hand: Alle Staaten, auch Deutschland, würden von diesem Schuldenabbau profitieren, zugleich gäbe es keine offene Haftung für künftige Schulden. Diese Maßnahmen wären zugleich nicht inflationär, da der Corona-Schock höchst deflationär wirkt und wir es zudem als eine einmalige Maßnahme ansehen könnten.«¹

Spätestens seit Corona scheint Stelter für die Modern Monetary Theory Sympathie zu haben, sieht er doch durch die Pandemie zusätzliche Kosten von rund 1.000 Mrd. Euro bzw. eine Erhöhung der Staatsschuldenquoten um 30% auf die Euro-Staaten zukommen. »Nun aber liefert das Virus die perfekte Begründung für eine direkte Finanzierung der Staaten durch die Notenbanken und dient zugleich als Katalysator für die Entwicklung... Coronomics ist das Wirtschaftsprogramm für Deutschland.« (S. 153)

Kritik am Wiederaufbaufonds

Dagegen übte Stelter nach dem Erscheinen von »Coronomics« scharfe Kritik am Macron-Merkel-Plan für den mehrere Hundert Milliarden schweren europäischen »Wiederaufbaufonds«, der zwar ebenfalls über gemeinsame EU-Anleihen finanziert werden soll, uns aber für zukünftige Schulden der anderen haftbar macht. Das sei nicht gerecht, kaufe dem Euro nur Zeit und löse die Probleme nicht wirklich. Schon die EZB habe eine Schuldenunion durch die Hintertür eingeführt, indem sie seit Corona ihre Anleihekäufe nicht mehr proportional zum Kapitalanteil der Mitgliedsstaaten hält. Die EZB kauft überproportional Staatsanleihen von Italien, obwohl alle Staaten nach ihrem Kapitalanteil haften, und damit vor allem die Deutschen. Stelter geht davon aus, dass der »Wiederaufbaufonds« weitere Transferzahlungen dauerhaft nach sich ziehen wird.

Statt der nunmehr erfolgten Haftungsübernahme hält Stelter deutsche Direkthilfen, Kredite und Direktinvestitionen in den höher verschuldeten Euro-Ländern für hilfreicher. Aber auch bei uns in Deutschland müsse dringend investiert werden, zur »Stärkung der Wachstumskräfte« angesichts einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung. Kritik übt er jedoch an der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese sollte reduziert werden: »Denn so oder so ist es eine Illusion, zu glauben, wir könnten nach Corona weiter in der Position des Exportweltmeisters bleiben.«²

Letztlich sieht Stelter für den Euro zukünftig eine andere Rolle als heute: »Am besten wäre es, in allen Mitgliedsstaaten Parallelwährungen einzuführen und den Euro damit zu einer europäischen Verrechnungseinheit zu machen. Erfolgt dieser Exit aus dem Euro nicht freiwillig und geordnet, ist es nur eine Frage der Zeit, bis er das Schicksal der lateinischen Münzunion erleidet.«³

Eine Befassung mit Daniel Stelters Positionen ist in jedem Fall interessant. Positiv ist zu bewerten, dass er die hohe Verschuldung fest im Blick hat – und zwar die Gesamtverschuldung: Staat, Unternehmen und Privathaushalte. Der Altschuldenfonds ist ein guter Vor-

1 Daniel Stelter: »Merks Euro-Krisenfond übersteigt Deutschlands Kraft – bessere Lösung erfordert Mut«, Fokus online, 02.06.2020. www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-daniel-stelter-euro-hilfen-uebersteigen-deutschlands-kraft-doch-intelligente-loesungen-sind-moeglich_id_12011530.html

2 ebd.

3 Daniel Stelter: »EU-Wiederaufbaufonds Unsere Regierung biegt falsch ab«, manager magazin online, 19.05.2020. www.manager-magazin.de/politik/meinungen/wiederaufbaufonds-deutschland-und-frankreich-setzen-wohlstand-aufs-spiel-a-1307181.html

schlag, da die Staaten von den hochverzinslichen alten Schulden entlastet würden. Ich vermisse bei Stelter allerdings eine gründliche Auseinandersetzung mit der Negativzinspolitik. Zum einen suggeriert Stelter wie viele andere, die niedrigen Zinsen würden das Schuldenmachen und die »Zombifizierung« noch fördern. Zum anderen meint er, die Schuldenstände seien zu hoch, als dass die EZB mit ihren Negativzinsen ausreichend bewirken könne. Wir dagegen sagen: Durch die Zinssenkungsmaßnahmen der EZB hat sich die Schuldenlastquote EU-weit seit 2015 bereits deutlich verringert. Und noch stärkere Negativzinsen sind machbar und werden wirken!

Beate Bocking

Pierre-Joseph Proudhon: Was ist das Eigentum? Zweite Denkschrift: Brief an Herrn Blanqui über das Eigentum (1841), Verlag Monte Verità, Wien 2020, 347 S., 20.00 €, ISBN 978-3-900434-87-8

Ideengeschichtlich Neues ergibt sich häufig erst im radikalen Bruch mit Traditionen. Für eine solche Zäsur steht der französische Anarchist Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865). Seine umfassende Strukturanalyse von Eigentum, Zins und Zirkulation machte Epoche.

Proudhon eröffnete der Sozialreform tauschsozialistische Perspektiven und entwarf ein Gesellschaftsmodell generalisierter Selbstverwaltung jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Proudhons Schriften wurden Basislektüre für die Aufbrüche von 1848, inspirierten revolutionäre SyndikalistInnen ebenso wie Bodenreformer und Genossenschaftsgründer.

Und sie ebneten das Terrain, auf dem Silvio Gesell (1862-1930) das Gebäude seiner Freiwirtschaftslehre errichten konnte.

Aktuell erfährt das Interesse für Proudhons Werk auch bei uns eine spürbare Renaissance. Großen Anteil hat die unermüdliche Publikationstätigkeit von Lutz Roemheld (*1937) und Gerhard Senft (*1956), beide ausgewiesene Experten, die sich regelmäßig um deutschsprachige Ausgaben des großen Franzosen verdient machen.

Ihrer Kooperation verdankt sich auch das jetzt erschienene Buch mit Proudhons zweiter Denkschrift über das Eigentum. Eine engagierte, kraftvolle Anklage, von Lutz Roemheld erfrischend zeitgemäß übersetzt und in sprachlich vitale Form gebracht. Vorangestellt ist eine historisch systematische Einleitung von Gerhard Senft (S. 7-45). Sie zeichnet den Eigentumsdiskurs der Moderne nach und konturiert vor diesem Hintergrund die immer noch unverbrauchten Inhalte von Proudhons Text. Kaum zu glauben, dass dieser schon vor 179 Jahren geschrieben wurde!

Zu gegenwärtig sind die Inhalte: Unumschränkte private Verfügungsrechte über knappe oder künstlich knapp gehaltene Vermögenswerte begründen heute mehr denn je ein wirtschaftliches Gefüge, in welchem Eigentum zum Diebstahl wird. Es generiert soziale Herrschaftspositionen und regelmäßige Geldzuflüsse von Seiten tributpflichtiger Nichteigentümer. Es wälzt externe Kosten auf die Allgemeinheit ab, schürt soziale Verwerfungen und eskalierende Ungleichheit. Es bewirkt eine Rentenökonomie, deren Grundlage Proudhon normativ als »Recht auf [...] unverdienten Vorteil« (S. 83) in Frage stellt. Seine Überwindung wäre die Rückstufung entsprechender Eigentumstitel in ein bloßes, auf eigene Arbeit gegründetes Besitzrecht: »Dieses Recht, auf seine naturgegebenen Grenzen zurückgeführt, ist eben der genaue Ausdruck der Gerechtigkeit, und ich bin der Ansicht, dass es das herrschaftliche Eigentum ersetzen und schließlich die gesamte Lehre vom Recht ausmachen muss« (S. 161).

Die sozialökonomische Umsetzung soll effektiv, aber schonend erfolgen. Dabei sind grundsätzlich zwei Klassen von Vermögenswerten zu unterscheiden.

1) Grund und Boden als nicht vermehrbare und gleichwohl unverzichtbare Basis allen menschlichen Lebens und Arbeitens. Auch aus ökologischen Gründen projiziert Proudhon eine direkte Entkapitalisierung durch Vergesellschaftung mit anschließender Zuweisung von Nutzungsrechten nach Vorgaben der Allgemeinheit. Entsprechend einer Grundstücksbewertung sollen die bisherigen Eigentümer mit einer Leibrente entschädigt werden.

2) Für vermehrbare Vermögenswerte hingegen lehnt Proudhon eine allgemeine Enteignung kategorisch ab.

Seine Zielvorstellung einer ausbeutungsfreien Marktwirtschaft soll schon in den heute angewandten Maßnahmen wirksam werden. »Das Eigentum ist, wie der Drache, den Herkules getötet hat: um ihn zu beseitigen, muss man ihn nicht am Kopf, sondern am Schwanz packen, das heißt: beim Gewinn und dem Zins« (S. 287). Dazu setzt Proudhon auf die Entfaltung kollektiver ökonomischer Kraft durch freien Zusammenschluss und Selbsthilfe der Arbeitenden, Vernetzung ihrer Gewerbe, Organisation von gerechten Tauschbeziehungen und gegenseitigem Kredit. »Nun gibt es aber ein volkswirtschaftliches Gesetz, nämlich, dass eine umfangreichere Produktion die Menge verfügbarer Kapitalien erhöht und folglich danach strebt, die menschliche Arbeitskraft zu verteuern und schließlich den Zins gegen Null hin sinken zu lassen« (S. 64).

Den Deutungsbereich der klassischen Ökonomie ließ Proudhon nicht nur in der Eigentumsfrage weit hinter sich. Pionier war er auch in seiner Kritik der krisenhaften Eigendynamik kapitalistischen Geldwesens. Es dauerte allerdings noch zwei Generationen, bis sein Ansatz in einer gangbaren Lösung

vollendet wurde und Silvio Gesell ein unter Umlaufzwang gesetztes Freigeld modellierte.

Das soll Proudhons Verdienste nicht schmälern. Auch heute noch kann die Geld- und Bodenreform bei ihm aus dem Vollen schöpfen.

Markus Henning

Fritz Andres: Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Verlag Thomas Kubo, Münster 2020, 560 S., 36.00 €, ISBN 978-3-96230-005-0

Fritz Andres (1946–2019) hat sich für eine freiheitliche, privilegienfreie und gerechte Gesellschaftsordnung eingesetzt. Mit großer gedanklicher Klarheit und Gespür für treffende sprachliche Formulierungen deckte er Widersprüchlichkeiten in der bestehenden Boden-, Geld- und Klimaordnung auf. Dieses Buch enthält eine thematisch geordnete Auswahl seiner zentralen Texte aus der Schriftenreihe »Fragen der Freiheit«.

Die behandelten Themenfelder:

- Reform der Bodenordnung
- Erbbaurechts-Initiative nach der Wende vom Herbst 1989
- Von der Boden- zur Ressourcen- und Klimaproblematik
- Reformen der Geldordnung und der Unternehmensverfassung
- Bildung, Kultur und Soziales

Auszug aus »Zur Bedeutung der Bodenfrage für den Frieden in der Welt«:

Die Vermutung liegt nahe, daß Verteilungskonflikte mit der Abnahme der Verteilungsmasse an Brisanz zunehmen. ... Das bedeutet, daß die Kriegsgefahr wächst, wenn es nicht gelingt, Verteilungsverfahren über die Grenzen hinweg weltweit zu etablieren, die von allen Völkern, ja von allen Menschen als gerecht empfunden und daher akzeptiert und als verbindlich anerkannt werden. Wir brauchen also für die Nutzung der Natur eine Verteilungsordnung, die einerseits für einen effizienten Umgang mit den knappen Ressourcen sorgt – denn auch Verschwendung wird immer weniger geduldet werden –, die aber zugleich auch das Menschenrecht jedes Einzelnen auf gleiche Teilhabe an den Gütern der Natur so offensichtlich gewährleistet, daß jeder Verstoß eines Einzelnen oder eines Landes dagegen sofort als das Angesehene wird, was er dann auch ist: als eine Kriegserklärung gegen die gesamte Menschheit! Nur eine solche Verteilungsordnung kann uns vor den Konflikten bewahren, in die uns vor allem die neuen ökologischen Knappheiten sonst unweigerlich stürzen werden.

Bestellung: verlag@thomaskubo.de





»Eine Konjunkturtheorie, die darauf basiert, dass nur ein ständiges Wachstum die Konjunktur aufrechterhalten kann, ist nach meiner unakademischen Einsicht von vornherein eine Katastrophentheorie. – Wachstum ad infinitum gibt es nicht; so etwas ist in der Weltordnung nicht vorgesehen! Folglich steht doch hinter der fixen Idee des konjunkturnotwendigen Wachstums für jeden Unternehmer auch schon das Gespenst der sicheren Krise! – Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die hektische Betriebsamkeit und mörderische Hast, von der sich viele Unternehmer und Manager vorwärtspeitschen lassen, aus dieser obskuren nationalökonomischen Theorie ableite.

Ich nenne diese Wachstumstheorie eine ›obskure‹ Theorie, denn der wissenschaftliche Auftrag an die Nationalökonomie besteht eben meines Erachtens darin, zu ergründen und aufzuzeigen, wie eine Volkswirtschaft zur optimalen Entfaltung ihrer Möglichkeiten kommen – und im Stadium dieses optimalen Funktionierens in relativer Dauer verharren kann. Dies schliesst Wandlungen nicht aus; aber Wandlungen müssen nicht Wachstum sein.«

Karl Walker im März 1972 in Olten, Schweiz

Quelle: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. (Hrsg.):
Zur Krisenlage unserer Wirtschaftsordnung, S. 3